Nummer 48 — Berlin, den 28. November 1931 — 44. Jahrgang

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Schelbentöpferelen und Glasereien, in Putzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofensetzer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postscheckk. Berlin 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale. Geschäftsanzeigen nach Tarif durch „Werba", Berlin SW 11.

Wo steht der Hauptfeind?

Die politischen Parteien des Besitzbürgertums verschwinden. Jede noch so kleine Wahl beweist das. Die sogenannte Nationalsozialistische Arbeiterpartei zieht nach und nach alle honetten Leute besitzbürgerlicher Couleur in ihren Bann. Prinzen und Generale, Landjunker und Schwerindustrielle, Bankmagnaten und biedere Kleinkrauter bringen dieser „Arbeiterpartei" ihr unbegrenztes Vertrauen entgegen. Feierlichst legen sie das Bekenntnis ab, nationalsozialistische „Arbeiter" zu sein. Nur das Zentrum widersteht. Es widersteht noch. Was eine spätere Zeit bringt, liegt im dunkeln...

Man sollte meinen, unter diesen Umständen müßte sich gegen diese große faschistische Front das klassenbewußte Proletariat zu gemeinsamer Abwehr zusammenschließen. Das wäre heute dringendstes Gebot, zumal die Leitung der KPD. kürzlich Terrorakte einzelner gegen einzelne als „nichtmarxistisch" feierlichst auf den Kehricht der Vergangenheit geworfen und damit einen Schritt zur Vernunft unternommen hat. Heute können wir konstatieren, daß dieser „Schritt zur Vernunft" nichts weiter als ein völlig vereinzelt aufgetauchtes Gebot der Notwendigkeit war. Im übrigen aber wird in dieser Partei gewissenlos weitergewurstelt. Und mit Händen und Füßen sträubt sich die Leitung dieser Partei in ihrer „Roten Fahne" vom 17. November gegen eine gemeinsame Einheitsfront der klassenbewußten Werktätigen gegen die Faschistengefahr. Nach wie vor bleibt in dieser Partei der Hauptfeind nicht etwa Hitler und seine „rauhen" Kämpfer, sondern die Sozialdemokratie!

So zu lesen in der „Roten Fahne". Aller Vernunft zum Hohn wird darin auseinandergesetzt, das Abrücken der KPD. vom terroristischen Abenteuer bedeute nichts anderes als die „allerstärkste, rücksichtsloseste, unerbittlichste Verschärfung ihres revolutionären Massenkampfes gegen den Kapitalismus und seine „Stütze", die Sozialdemokratie". Die Sozialdemokratie müsse politisch geschlagen werden, damit die deutsche Arbeiterklasse „frei" werde, damit der Faschismus „vernichtet" werden kann. Die Sozialdemokratie sei der Hauptfeind des Proletariats, gegen sie sei der Hauptschlag zu führen in der gegenwärtigen Periode des Klassenkampfes. Deshalb verlangt die „Rote Fahne" Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie auf der ganzen Linie.

Selten haben wir in der „Roten Fahne" so viel Phrasendrusch und bramarbasierenden Blödsinn auf einem Haufen gefunden. Zur „Begründung" dieses gehirnvernebelnden Wustes wird angeführt, der Brüningsche Faschismus sei um kein Haar besser als der Hitlersche Faschismus. Brüning, Groener, Hitler und Hugenberg verkräten die gleichen Interessen des Finanzkapitals, die gleichen bürgerlichen Klasseninteressen gegen die Arbeiterschaft. Brüning und Groener seien den Hitler und Hugenberg im Faschismus sogar „überlegen", indem sie die Notwendigkeit begriffen, zur Entrechtung und Verelendung der Arbeiterklasse die Sozialdemokratie bis aufs äußerste auszunutzen.

Die Leitung der KPD. hält demnach unentwegt an ihrer gloriosen Vergangenheitspolitik fest. Ihrer Meinung nach sind für die Arbeiterklasse Hitler und seine Horden das weitaus kleinere Uebel. Diese immer wieder versuchte Vernebelung der Hirne macht es einmal notwendig, in aller Kürze zu sagen, wie es denn eigentlich unter der Herrschaft des Faschismus Hitlerscher Couleur aussähe. Wären Hitler und seine Kumpane in Deutschland an der Herrschaft, dann gäbe es keine „Rote Fahne" mehr. Es gäbe auch keinen „Vorwärts", es gäbe auch keinen „Grundstein" mehr. Der Faschismus bedeutet die grundsätzliche Verneinung aller Persönlichkeitsrechte zugunsten einer national betonten Staatsautorität. Der Faschismus will grundsätzlich die Preßfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter vernichten. Der Faschismus erstrebt die unbeschränkte Klassenherrschaft des Besitzbürgertums in allerbrutalster Form.

Das ist kurz ausgedrückt der Faschismus Hitlers. Deshalb ja auch das unbegrenzte Vertrauen der Schlot- und Krautjunker zu dieser Partei. Von ihrer Herrschaft erwarten sie goldene Tage...

Man kann sich zur Regierung Brüning-Groener stellen wie man will, man mag ihre Handlungen in Grund und Boden verurteilen — aber faschistisch ist sie nicht! Trotz aller Notverordnungen haben wir heute in Deutschland noch die Preßfreiheit, nicht zu verwechseln mit Preßfrechheit, dargestellt durch journaillistische niedrige Verleumdungssucht, böswillige Entstellung und erbärmliche Ehrabschneiderei. Noch haben wir unter der Herrschaft Brüning-Groener das Versammlungs- und Vereinigungsrecht, und die Gewerkschaften bleiben unangetastet. Gemessen am faschistischen Italien ist Deutschland trotz aller gegenteiligen Beteuerungen immer noch ein freiheitliches Land. Aber diesen Tatbestand sucht die Leitung der KPD. und ihr Sprachrohr „Rote Fahne" bewußt zu verdunkeln. Dieses autorisierte Blatt umgibt geflissentlich das politische und wirtschaftliche Kampffeld mit vernebelnden Giftschwaden, es lügt bewußt, es gebe keinen Unterschied zwischen den Zuständen in Italien und Deutschland, es sieht den Hauptfeind nicht im Faschismus, sondern in der Sozialdemokratie. Das ist eine ganz gefährliche und ungeheuerliche Verbiegung der Tatsachen, ein nie gutzumachendes Verbrechen an den Interessen der werktätigen Bevölkerung. Es ist verhängnisvoller Humbug politischer Scharlatane und Bajazzos. Dort in Harzburg waren die Scharfmacher und Reaktionäre aller Grade zusammen. Zu dieser „nationalen Front" gehörten auch Hitler und seine Kohorten. Und aus allen dort geschwungenen Reden klang der unverminderte maßlose Haß und Vernichtungswille gegen die Sozialdemokratie und die verlästerten Gewerkschaften. Nicht gegen die Kommunisten. Der Reaktion wie den Kommunisten ist die Sozialdemokratie der Hauptfeind. Und die KPD. tut ein übriges, sie bespeit und verleumdet fortgesetzt diese Partei und unsere Gewerkschaften. So ersteht eine wundervolle Einheitsfront von Hitler über Hugenberg bis Thälmann gegen die Sozialdemokratie. Kann es eine blödsinnigere Vernebelung der Kampffront für die deutsche Arbeiterschaft zugunsten des Faschismus geben?

„Erschrick nicht — unsere Parole bleibt: Gegen die Sozialdemokratie!"

Und dann faselt man im Lager der KPD. tagtäglich von der „Einheitsfront". Was heißt Einheitsfront? Eine Front, die mehrere Parteifronten zusammenfaßt; die einzelnen Fronten stellen in solchem Falle bestehende Gegensätze bewußt zurück und vereinigen sich zur Abwehr der nächstliegenden gemeinsamen Gefahr. Das und nichts anderes ist eine Einheitsfront. Sie ist es aber nicht nach Ansicht der „Roten Fahne". Unter „Einheitsfront" versteht die KPD. ihre eigene Front. Auch am 19. November erklärte die „Rote Fahne", sie kenne nur eine Einheitsfront. Das sei die „rote" Einheitsfront unter Führung der KPD. Diese „Einheitsfront" wachse im schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei, die der Hauptfeind des Sozialismus innerhalb der Arbeiterklasse sei. Verhandelt werde nicht mit den Wels und Breitscheid. Man arbeite dafür, um die Niederlage der Sozialdemokratischen Partei um so vernichtender zu gestalten.

Das ist die bolschewistische Auffassung von der „Einheitsfront". In die rauhe Wirklichkeit übersetzt bedeutet das aber eine Vielheit von „Einheitsfronten", also nichts anderes als zur Machtlosigkeit verdammte Zersplitterung. Aber das ist dort drüben „Logik". Man fordert die sozialdemokratischen Arbeiter auf, in die antifaschistische Einheitsfront der KPD. zu treten, sie könnten trotzdem bei der Sozialdemokratie verbleiben. Wenn aber nach den Begriffen der „Roten Fahne" die sozialdemokratischen Arbeiter in diesem Sinne in die antifaschistische Front treten, dann ist der Hauptfeind nicht etwa der Faschismus, sondern ihre eigene Partei! Die „Logik" dieser KPD.-Strategen schlägt eben wunderbare Purzelbäume...

Wir urteilen anders. Für uns gibt es nur ein hüben und ein drüben! Wir fragen: Will man die gemeinsame Abwehrfront der klassenbewußten Arbeiter für die gemeinsame Abwehr des Faschismus? Wenn ja, dann ist alles Trennende zurückzustellen und dieser Kampf trotz aller sonstigen Gegensätzlichkeit in einer wirklichen Einheitsfront zu führen. Die Leitung der KPD. und die „Rote Fahne" wollen das nicht. Man will dort trotz steigender faschistischer Gefahr den Bruderkampf gegen die sozialdemokratische Arbeiter- und Angestelltenschaft zum Nutzen des Faschismus. Damit schwört die KPD. Treue ihrer alten Taktik, die sich ja erst am 9. August beim preußischen Volksentscheid so „herrlich" offenbarte. Auch damals marschierten Rot-Front-Leute, Stahlhelm- und Hitler-Leute in einer Front. Der Hauptfeind für diese Strategen sind Brüning und Groener und der leibhaftige Gottseibeiuns Braun und Severing. Die Faschisten, die jeder freiheitlichen Regung in Deutschland den Untergang geschworen haben, die getreuen Verbündeten der Hugenberg und Seldte, die gesamte Harzburger Front sind in den Augen der KPD. weiße Unschuldslämmer. Diese „nationale Front" erscheint der KPD. als harmlose Kleinigkeit. Der Hauptfeind ist die Sozialdemokratische Partei. Der gilt rücksichtslosester Kampf bis zur Vernichtung. Hugenberg, Seldte und Hitler könnten das auch nicht besser sagen...

Arbeiter, entscheidet! Wollt ihr eure politische Vernichtung und eure wirtschaftliche Entrechtung, wollt ihr zu willenlosen Parias, zu in größter Dürftigkeit dahinvegetierenden Kulis degradiert sein, dann entscheidet euch für Hitler und seinen junkerlichen und schwerindustriellen Anhang! Wollt ihr das nicht, dann gehört ihr, gleichgültig zu welcher politischen Partei ihr euch rechnet, in die gemeinsame Abwehrfront gegen den Faschismus, in die Kampffront gegen die Hitler, Seldte und Hugenberg! Alles andere ist sinnverwirrende und gefahrverdunkelnde gewissenlose Schaumschlägerei. Ueberlegt und entscheidet!

Unerhörte Lohnabbauforderungen der Bauunternehmer.

Die Angriffe der baugewerblichen Unternehmer auf die vertraglich festgesetzten Löhne im Baugewerbe haben zum Ziel, gleich den Unternehmern in der übrigen Industrie die jedesmalige Geltungsdauer der Löhne zu kürzen und sie nach und nach auf den nominellen Vorkriegsstand herabzudrücken. Und dies unbekümmert um die bedeutend verteuerten Preise für Lebensmittel und Lebenshaltung! Alle Grundsätze der Lohngestaltung will man über den Haufen werfen um eines vermeintlichen augenblicklichen Vorteils willen! Entweder sind die Bauunternehmer mit Blindheit geschlagen, so daß sie nicht sehen können, was sie mit ihren Vorstößen anrichten, oder sie sind von einem Machtkoller befallen, der ihnen die Möglichkeit jedes vernünftigen Denkens und Handelns nimmt. Es ist auch möglich, daß sie sich in einer derartigen Abhängigkeit von den Industriegewaltigen befinden, daß sie nicht mehr über sich selbst bestimmen dürfen und nur das auszuführen haben, was diese Seite ihnen befiehlt. Damit wären sie allerdings aller Selbständigkeit bar. Sie hätten damit das Ansehen verwirkt, als selbständige, nur ihren Interessen unterworfene Geschäftsleute zu gelten. Das aber wird eine besondere „Wertschätzung" durch die Arbeiter zur Folge haben, die eine solche Entwicklung vom freien Unternehmer des Baugewerbes zum Gefangenen der Industrie nicht unberührt lassen kann. Was sich auf diese Weise anbahnt, kann jedenfalls nicht zur Entspannung des gegenseitigen Verhältnisses der beiden Gruppen im Baugewerbe beitragen. Für dieses gespannte Verhältnis können sich dann die Bauunternehmer bei den Industriegewaltigen bedanken, die sich jetzt ihrer für eigene Zwecke bedienen, um sie später ihrem Schicksal zu überlassen. Dies würde dann in erster Linie den noch von keiner Großmannssucht ergriffenen Bauunternehmer treffen, der von den Großunternehmungen kaltblütig erledigt werden soll. Ob die Bauunternehmer diesen Ernst der Lage begreifen, ist billig zu bezweifeln, denn die von ihnen bisher in den verschiedenen Bezirken gestellten Forderungen auf Lohnabbau sind hierfür der beste Beweis. Jedenfalls werden sich die späteren Verhältnisse so entwickeln, daß dann die Arbeiter das ihnen in diesen Krisenzeiten angetane Ungemach mit allen Mitteln entsprechend korrigieren...

Hören wir nun, was bisher im Lande des Lohnabbaues, im deutschen „Vaterlande", von den Bauarbeitern in den verschiedenen Bezirken gefordert wird. Im Bezirk Bayern verlangen die Unternehmer bis zu 30 % Lohnabbau. Nach neueren Nachrichten soll ihre Forderung noch viel schlimmer sein. Man will den Vorkriegsstundenlohn vom 1. Juli 1914 zahlen mit 30 % Aufschlag. Dazu kämen noch eine Anzahl Sonderwünsche aus dem Bezirksvertrag. Die Löhne der Tiefbauarbeiter sollen in allen Ortsklassen 10 % unter dem Lohn des Bauhilfsarbeiters liegen. Also man will auch auf diesem Gebiete kräftig zupacken, um für spätere Zeiten „vorzubauen". Die Geistesverfassung der Lohnabbautreiber im bayerischen Unternehmerlager wird dadurch noch besonders illustriert, indem man diese verrückten Forderungen aufstellt, obgleich die Parteien sich mitten in Verhandlungen wegen der Ortsgruppierung befinden. Eine solche Unverschämtheit steht beinahe höher als die Frechheit der Unternehmer in Sachsen-Anhalt, die nach der Ortsgruppierung noch mit Lohnabbauforderungen kamen.

Das Tarifamt für Bayern tagte am 16. November. Nachdem es seine Zuständigkeit bejaht hatte, gab es den Parteien auf, zunächst die Vorfrage zu lösen, ob das Tarifamt auf Grund der bekannten Protokollnotiz oder der clausula rebus sic stantibus wirksam werden solle. Nachdem die Parteien sich das überlegt hätten, solle dann die Antragspartei (Unternehmer) zur Begründung der Anträge weiteres Material beibringen. Die Verhandlungen wurden dann bis auf weiteres vertagt. Jedenfalls ist hochinteressant, daß auch in diesem Falle, obwohl die Löhne tarifvertraglich bis zum 2. März 1932 feststiegen, sich dieses Tarifamt für Lohnabbau dennoch als zuständig erklärt hat.

Nun zum Rheinland. Hier haben die Unternehmer beantragt, vom 11. November an alle Löhne für Facharbeiter um 20 % und für Tiefbauarbeiter um 18 % zu senken. Verhandelt hat man noch nicht. Aber man beachte in diesem Falle, daß beim Lohnabbau im Frühjahr es gerade das Rheinland war, das am stärksten mitgenommen wurde. Dies hindert die Unternehmer natürlich nicht im geringsten, nochmals ganz kolossale Lohnabbauanträge zu stellen.

Im Freistaat Sachsen überließen die Unternehmer die Geltendmachung ihrer Forderungen dem Tarifamtsvorsitzenden. Das ist ebenfalls ein ganz neues Verfahren. Der Tarifamtsvorsitzende war dann gefällig genug, für Lohnabbau zu plädieren, und zwar will er „nur" 13 bis 15 % von den Facharbeiterspitzenlöhnen herunterreißen.

Noch etwas über den Bezirk Niederschlesien. Wir haben über den Ausgang der Verhandlungen vor dem Tarifamt bereits in voriger Nummer berichtet. Hier hatten die Unternehmer die Unverfrorenheit, den vom Tarifamt unrechtmäßig ausgesprochenen Lohn einfach durch Anschlag einzuführen. Außerdem haben in Niederschlesien die Unternehmer die freche Lüge verbreitet, die Gewerkschaftsvertreter hätten dem unrechtmäßigen Spruch des Tarifamts zugestimmt. Wie die Verhandlung in Wirklichkeit verlaufen ist, haben wir bereits im vorigen „Grundstein" geschildert. Jedenfalls gehört eine gehörige Dosis Dreistigkeit dazu, zu behaupten, die Gewerkschaften wären mit diesem ungeheßlichen Attentat auf die Bauarbeiterlöhne einverstanden. Mit Anstand läßt sich ein solches Verhalten der Unternehmervertreter nicht mehr vereinbaren. Diese bewußte Irreführung der Arbeiter sollte endlich jenen Arbeitern die Augen öffnen, die aus politischer Voreingenommenheit gegen die Gewerkschaften jede Unternehmerlüge als willkommenes Kampfmittel gegen die Gewerkschaften begrüßen. In diesem Falle ist die Feststellungsklage bei den ordentlichen Gerichten eingereicht worden. Eine einstweilige Verfügung soll den Unternehmern die Durchführung des Fehlspruches des Tarifamtes untersagen.

Für das Gebiet des Tarifamtes Frankfurt am Main beantragten die Unternehmer einen Lohnabbau von 30 %. Sie wollen den Lohn vom 1. August 1914 mit etwa 30 % Aufschlag zahlen. In diesem Falle gilt das Tarifamt in die vernünftigen Spuren des Tarifamts Halle. Es fällte einen Schiedsspruch, in dem ausgeführt ist, „daß die rechtliche Lage einen Eingriff in den bestehenden Tarifvertrag allein schon verbiete". Wir sehen also, es geht in den Tarifämtern drunter und drüber. Immerhin können wir in diesem allgemeinen Lohnabbaugekrächs bereits das Vorhandensein zweier weißer Raben feststellen...

* * *

Den Fall Niederschlesien hatten die Unternehmer als Anlaß auserkoren, die zentralen Vertragsträger zu einer Verhandlung am 19. November zu laden. Die Unternehmervertreter glaubten auf Grund des Schiedsspruches für Niederschlesien die baugewerblichen Arbeitervertreter zur Aufgabe ihres bisherigen Standpunktes zu der bekannten Protokollerklärung zu bringen. Sie wandten ihre ganze Beredsamkeit auf, um die Voraussetzungen der Protokollerklärung und der clausula rebus sic stantibus als gegeben zu erachten. Beide Gründe für einen zwischentariflichen Eingriff in die Bauarbeiterlöhne lägen nunmehr vor. Bei den scharfen Auseinandersetzungen entschlüpfte den Unternehmervertretern dann das Eingeständnis, für sie sei das Schreiben Dr. Sitzlers aus dem Reichsarbeitsministerium maßgebend. Von diesem Standpunkt gingen sie nicht ab. Ueber das hier in Frage kommende Schreiben haben wir bereits im „Grundstein" Nr. 45 berichtet. Damit ist aber auch unsere Vermutung bestätigt, daß zwischen Dr. Sitzler und den Vertretern der Bauunternehmer gewisse Fäden gesponnen worden sind zum Nachteil der baugewerblichen Arbeiter. Natürlich wurde auch der Tarifbruch der Unternehmer in Niederschlesien von ihrer Unternehmerzentrale in keiner Weise verurteilt, vielmehr erging man sich in Entschuldigungen. Unsere Vertreter hatten, weil der niederschlesische Tarif von den Unternehmern gebrochen wurde und diese sich in einem Anfall von Machtwahn über bestehendes Recht hinweggesetzt haben, keine Veranlassung, über diesen Fall noch besonders zu verhandeln. Die Unternehmervertreter schlugen hierauf die Anrufung des Haupttarifamtes vor. Auch dies wurde von den baugewerblichen Arbeitervertretern abgelehnt mit der Begründung, das Haupttarifamt könne unmöglich zuständig sein, um über die bekannte Protokollerklärung zu Gericht zu sitzen.

Diese Verhandlung verlief gleichfalls völlig ergebnislos. Die Unternehmer erklärten zum Schluß, das Haupttarifamt wegen Auslegung der Protokollerklärung anrufen zu wollen. Wir können das nicht hindern. Unsere Aufhebungsklage im Falle Freistaat Sachsen bleibt davon unberührt. Und unserem Antrag auf einstweilige Verfügung im Falle Niederschlesien wurde bereits in vollem Umfange entsprochen. Jede Maßnahme gegen diese Verfügung ist den Unternehmern bei 1000 ℳ Geldstrafe verboten worden.

Wie sich in Unternehmerköpfen die Lage malt, beweist der Ausspruch eines Unternehmervertreters in dieser Sitzung, man müsse eigentlich wünschen, daß im Jahre 1932 nicht gebaut würde, „damit die eisernen Köpfe der Bauarbeiter erst einmal richtig zurechtgerückt werden könnten". Dieser Herr wandelt also die gleichen Bahnen wie jener städtische „Baufachmann" in Halle, über den wir im „Grundstein" Nr. 44 berichtet haben. Unsere Kollegen mögen aber endlich einsehen, was auf dem Spiele steht. Eine geschwächte Bauarbeiterfront können wir angesichts solcher unverschämten Angriffe des Unternehmertums nicht gebrauchen. Die im bolschewistischen Hintergrunde sitzenden Treiber der Spaltung und Schwächung der Bauarbeiterfront werden in der Verhetzung und in der Verleumdung immer unverschämter. Aber jene Leutchen mögen sich sagen lassen, daß auch ihre Pläne an den eisernen Köpfen der Bauarbeiter abprallen werden. Die Bauarbeiter haben eine zu harte Lebensschule hinter sich, um ihnen einmal angetanes Unrecht jemals zu vergessen. Die deutschen Bauarbeiter verlangen keine freundwillige Ausnahmebehandlung, aber sie verlangen, daß die von ihnen in günstigeren Zeiten bewiesene Achtung vor dem Gesetz auch von ihren wirtschaftlichen Gegenspielern in Krisenzeiten geachtet und anerkannt wird. Ein bekannt einseitiges Klassenurteil gegen die Bauarbeiter dürfte in späteren günstigeren Zeiten unbedingt seine gerechte Sühne finden!

Aber die Löhne ...

Endlich ist auch der Reichsverband der Deutschen Industrie durch die furchtbare Lage am Baumarkt aufgeweckt, hat sich aufgerafft und „in der Erkenntnis, daß eine Förderung der Bauwirtschaft zur Lebensfrage für die gesamte Industrie geworden ist", eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in der er sich, wie der „Bau-Kurier" schreibt, die Gedankengänge der Baufront in weitgehendem Maße zu eigen gemacht hat.

In der Eingabe, datiert vom 11. November, werden einleitend Ausführungen über die unseren Kollegen bekannte Lage auf dem Baumarkt, über den Umfang der Arbeitslosigkeit, über die Stockungen in allen Zweigen der Bauwirtschaft gemacht. Angeregt ist die Eingabe wahrscheinlich durch jene Bestimmung der 3. Notverordnung, die die Errichtung von Bauwerken mit öffentlichen Mitteln verbietet, soweit sie als entbehrlich zu bezeichnen sind. In der Eingabe wird mit Recht gefordert, daß die Beachtung dieses Grundsatzes nicht zur völligen Einstellung der Bauarbeit führen dürfe. Der Reichsverband bittet den Reichskanzler, ernstlich zu erwägen, in welcher Weise auf bestimmten Gebieten der Bauwirtschaft, beispielsweise dem Straßenbau, eine erneute Belebung erzielt werden könne. Die Reichsregierung müsse auch dafür besorgt sein, daß aus der Anleihe der Reichsbahngesellschaft ein größerer Teil für auszuschreibende Bauarbeiten zur Verfügung gestellt wird.

Soweit ganz gut und schön, und auch wir stimmen den Forderungen zu. Aber nun kommt der Pferdefuß, der bei jeder Eingabe der Unternehmer unentbehrlich zu sein scheint und der je nach dem politischen Standpunkt der betreffenden Gruppe mehr oder weniger deutlich herausschaut. Die Unternehmer treten auch in dieser Eingabe dafür ein, daß „alle zu erteilenden Aufträge zum Schutz und zur Förderung des legitimen Baugewerbes benutzt werden müssen", d. h. es soll kein Auftrag hinausgegeben werden, ohne daß nicht die Privatwirtschaft ihren Profit dabei findet. „Offene und versteckte Regiearbeit müsse ausdrücklich ausgeschlossen werden." Selbstverständlich treten die Unternehmer für „möglichst billige Herstellung der Bauten" ein. Wie kann es da anders sein, daß die Vorschläge, die in „dieser Richtung" unterbreitet werden, in „besonders bemerkenswerter Weise auf eine entschiedene Stellungnahme des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur Lohnlage der Bauarbeiter hinauslaufen". In der Eingabe wird die unheilvolle Wirkung sichtbar, die der Reichsarbeitsminister mit der Verweigerung der Allgemeinverbindlichkeit der Lohntarife heraufbeschworen hat. Aus der Verweigerung folgert der Reichsverband, daß „der Reichsarbeitsminister selbst die Löhne für zu hoch hält". Von dieser nicht unrichtigen Annahme geht der Reichsverband weiter und hofft für seine sozialreaktionären Bestrebungen einen Bundesgenossen zu finden. Denn dem „ersten Schritt" des Reichsarbeitsministers müsse, um jede Beunruhigung der Bauwirtschaft zu vermeiden, sofort ein zweiter Schritt folgen, nämlich eine weitere fühlbare Lohnsenkung. Da dies bisher ausgeblieben sei, bestehe für die Bauauftraggeber der Anreiz, Aufträge zurückzuhalten, um die Senkung der Löhne abzuwarten. Und da die Senkung der Löhne an der schroffen Haltung der Gewerkschaften gescheitert sei, die jede sachliche Verhandlung ablehne, bleibe nur ein sofortiger Eingriff des Gesetzgebers in die Tarifverträge übrig, um die notwendige Lockerung herbeizuführen. Der gegenwärtige Zustand sei unhaltbar. Angeblich seien Bauaufträge auf der Grundlage der heutigen tariflichen Lohnsätze für die tarifgebundenen Unternehmer schwer zu erlangen. Eine Lockerung der Tarifverträge in der angedeuteten Weise sei deshalb eine selbstverständliche Forderung. Die laufenden Lohntarife müßten vorzeitig beendet werden.

Dies die Forderungen des Reichsverbandes. Sie sind durchaus den Forderungen der übrigen Bauunternehmerschaft ebenbürtig. Die Eingabe unterscheidet sich, trotzdem sie von einer führenden und einflußreichen Spitzenorganisation stammt, in der die bekannten Wirtschaftskapitäne das Wort führen, in nichts von der Eingabe irgendeines untergeordneten sogenannten Arbeitgeberverbandes, dem die Gesetze der Wirtschaft ein Buch mit sieben Siegeln sind. Auch der Reichsverband weiß nichts von der Bedeutung der Massenkaufkraft für die Belebung der darniederliegenden Wirtschaft; auch er weiß nicht, daß die Verbilligung der Produktion in erster Linie von ihrer Verbesserung durch Senkung der Selbstkosten im Betriebe und in der sachlichen Verwaltung herbeigeführt werden muß. Auch der Reichsverband der Deutschen Industrie beharrt auf seinem falschen Weg, wenn er glaubt, die Gesamtwirtschaft durch Drosselung der Löhne wieder in Gang bringen zu können. Aber auf das Ingangsetzen kommt es ihm ja nicht an. Im Vordergrund seines Interesses steht der Profit. Den garantiert nur die „freie Wirtschaft". Alle Mittel müssen angewendet werden, um die bankrotte privatkapitalistische Wirtschaft über die Krise hinwegzubringen. Möge das Volk dabei zugrunde gehen. Aber herausstellen wird sich doch, daß die Volkswirtschaft andere Wege gehen muß als die, die die Wirtschafts„führer" vorschlagen. Alle Opfer, die man heute vermöge des wirtschaftlichen Uebergewichts dem Volke aufzwingt, werden umsonst gebracht sein. Die Gewerkschaften werden tun was sie können zur Verhinderung jener volkswirtschaftlich feindlichen Pläne. Dessen können die Arbeiter und dessen können auch die Unternehmer versichert sein. Mögen sie einstweilen obenan sein; um die Sache der Arbeiterschaft ist uns großdem nicht bange!

Tolerieren.

Zu unserer heutigen „Bundes-Tribüne".

In der „Bundes-Tribüne" dieser Nummer des „Grundstein" bringen wir eine Anzahl Zuschriften aus Kollegenkreisen zur Frage des Tolerierens. Dieser Begriff ist heute in aller Munde, obgleich diese Abart von Politik nicht ganz neu ist. Die Politik der Parteien war schon oft gezwungen zu tolerieren. Vor dem Kriege Wahlenthaltung zugunsten etwa eines freisinnigen Kandidaten; manchmal auch direktes Eintreten für ihn. Tolerieren heißt dulden; aufs Politische übertragen: jemand oder etwas zu dulden; ein kleineres Uebel dulden, um das größere zu verhindern. Tolerieren kann man auf zweierlei Art; aktiv: ohne etwa der tolerierten, der geduldeten Regierung ein Vertrauensvotum auszusprechen; passiv: indem man nicht willensbildend die Politik beeinflußt, das größere Uebel nicht verhindert, sondern dies anderen Parteien überläßt.

Die deutsche Sozialdemokratie hat in herrlicher Selbstlosigkeit den ersten Weg beschritten. Mit dem ihr eigenen Verantwortungsgefühl für die Interessen der Arbeiterschaft ist es unvereinbar, nicht alles aufzubieten, um die Reaktion niederzuhalten. Sie weiß, daß sie dabei viele Wähler und Anhänger verliert, wenn sie eine ihr weltanschaulich keineswegs zusagende Regierung der bürgerlichen Mitte tolerierte, sie nicht stürzen hilft. Dabei ist der Preis, um dessentwillen sie tolerierte, nämlich die Verhinderung einer faschistisch beeinflußten Regierung, eine faschistische Diktatur mit ihrem ungeheuerlichen Niederbruch alles, aber auch alles dessen, was der denkende, von Gewerkschaften und Partei geschulte Teil unseres Volkes an Freiheiten und Rechten errungen und an Einrichtungen aufgebaut hat, wahrhaftig nicht gering.

Passive Tolerierung übt die Kommunistische Partei. Im Grunde genommen hat sie noch nie eine andere „Politik" betrieben, nur diese Art „Politik" entspricht auch dem Wesen der Kommunistischen Partei. Sie steht gewissermaßen mit den Händen in den Hosentaschen müßig da und schaut zu, wie die SPD. sich müht, für die Arbeiterschaft das Beste, was zu erreichen ist, herauszuholen. Die KPD. kann sich diese Politik der durch Agitationsparolen und Bramarbasieren gefarnten Tolerierung nur erlauben, weil die SPD. stets das tat, was im Interesse der Arbeiter getan werden mußte. Die SPD. mußte Unangenehmes schlucken, um auf anderem Gebiete Größeres zu erreichen. Nur die SPD. ermöglicht der KPD. ihre linksradikal schillernde, im Grunde aber durch und durch konterrevolutionäre und reaktionäre Politik. Hätte beispielsweise die Sozialdemokratie im Reichstag ebenso wie die Kommunisten seinerzeit gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz gestimmt, dann hätte es nie in Deutschland eine Arbeitslosenversicherung gegeben; allerhöchstens eine solche, wie wir sie heute in durchlöcherter, mangelhafter Form haben. Und hätten die Sozialdemokraten die Regierung Brüning gestürzt, wie es die Kommunisten in Gemeinschaft mit ihren Bundesgenossen vom preußischen Volksentscheid, mit den rechten Volksparteilern, den Deutschnationalen und den Nazis wollten, dann hätte Deutschland schon längst eine faschistisch-schwerindustriell-junkerliche Reichsregierung.

Um ihre „Politik“ zu rechtfertigen, tun die Kommunisten und neuerdings auch Seydewitz und seine Anhänger so, als wenn sie selber daran glaubten, was sie sagen, nämlich, daß schon die Brüning-Regierung Faschismus sei. Im Leitaufsatz haben wir gezeigt, was Faschismus ist. — Ob es der Sozialdemokratie gelingt, das deutsche Volk vor dem Faschismus zu bewahren, ist nicht mit Sicherheit vorauszusagen. Wie jede Geduld, so hat auch die Duldung einmal ein Ende. Genosse Breitscheid, der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, hat sich kürzlich in dieser Hinsicht geäußert. Seine Aeußerungen sind in der „Bundes-Tribüne“ nachzulesen, die Antwort der „Roten Fahne“ im Leitaufsatz. Jedenfalls kann festgestellt werden, daß es der Sozialdemokratie bisher gelungen ist, die Nationalsozialisten von der Macht fernzuhalten. Das spricht für die Richtigkeit des Tolerierens. Manch einer begründet die Ablehnung der Tolerierungspolitik damit, daß die Faschisten doch an die Macht kämen; dann sei die Partei zerschlagen und unfähig, den Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen. Die Partei ist aber trotz vierzehn Monate Tolerierens nicht zerschlagen, ihre Organisation ist — trotz der Wirtschaftskrise! — innerlich und äußerlich stärker als im Vorjahr. Wenn sie bei den Wahlen trotzdem an Stimmen verliert, so ist dies noch kein Gegenbeweis, sondern nur ein Beweis dafür, daß die politische Zwangslage, aus der die Notwendigkeit des Tolerierens erwächst, nicht von allen Wählern verstanden wird. Diese Wähler kennen nicht die Entwicklungsgesetze des politischen und wirtschaftlichen Lebens, sie glauben an einen politischen Heiland und an Wunder, die sozusagen mit einem Schlage alle Krisen und Nöte aus der Welt schaffen. Ein Teil der Wähler geht zu Thälmann, dem Heilsboten eines Landes, wo unbestrittenermaßen selbst die Arbeitenden keine höhere Lebenshaltung haben als ein regulärer Arbeitslosenunterstützungsempfänger in Deutschland. Ein anderer Teil, Proletarier sowie auch Kleinbürger, geht zu Hitler und wartet in jenem Lager stehend auf das „Wunder“. Aber in der Politik und ebensowenig in der Wirtschaft gibt es keine Wunder, sondern nur harte Notwendig- und Gesetzmäßigkeiten. Eine solche Notwendigkeit ist, mit allen Mitteln Hugenberg und Hitler von der politischen Macht fernzuhalten.

Ein Mittel, um das Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmenzahlen zu verhindern, ist Tolerieren allerdings nicht. Das kann man überhaupt nicht von einem politischen Mittel parlamentarischer Taktik erwarten. Dazu bedarf es zäher Aufklärungsarbeit. Wir geben zu, daß die beste Aufklärungsarbeit eine faschistische Regierung leisten würde. Dann würde jedermann deutlich sehen, daß Hitler nicht nur keine Wunder verrichten kann, sondern daß er der beste Hüter des kapitalistischen Systems, der Gegner der Volksfreiheiten und des Völkerfriedens ist und daß seine SA.-Leute, finanziert von Thyssen, Vögler, Prinz Auwi und der ganzen Hugenbergerei, nichts anderes sind als Kanonenfutter für die Restauration der Privatwirtschaft und der Monarchie. Leider können wir uns diese Aufklärungsarbeit nicht leisten. Republik und Demokratie sind noch nicht so stark gefestigt, um Verfassungsbrecher sofort dann vom Steuer hinwegzufegen, wenn sie gegen die Volksinteressen regieren.

Ein falscher, für uns sehr gefährlicher Glaube ist der vom „Abwirtschaften“ der Nationalsozialisten. Man übersieht, daß die Faschisten, die Gegner jeder Demokratie, einmal zur Macht gelangt, sich nicht an die Gesetze der Demokratie halten. Sie werden Verfassung und Demokratie aufheben, werden nicht den Geboten der Demokratie folgen, werden nicht abtreten, wenn es das Volk verlangt. Zwar werden sie nicht ewig regieren. Die Dauer einer faschistischen Periode ist nicht vorauszusehen. Aber das eine wissen wir: am Anfang der Periode wird der Bürgerkrieg stehen, die Arbeiterorganisationen und -einrichtungen werden zerschlagen, und am Ende einer faschistischen Periode haben wir auch bei „Abwirtschaften“ des Faschismus ein sozialpolitisches und wirtschaftliches Trümmerfeld. Die Sozialdemokratie ist eine politische Partei und kein Verein von Hasardspielern. Sie läßt es sich angelegen sein, selbst den günstig endenden Bürgerkrieg zu verhindern. Auch der Bürgerkrieg kostet der Arbeiterschaft ungeheure Verluste. Die Sozialdemokratie darf ihre Politik nicht von Gefühlsstimmungen abhängig machen, sie kann und darf nicht Geführte, sondern muß Führer sein. Sie geht ihren Weg in der Ueberzeugung, daß die Richtigkeit sich erweisen und von der klassenbewußten Arbeiterschaft erkannt wird.

Als die faschistische Gefahr noch nicht akut war, hat die SPD. nicht toleriert. Durch Aufhebung der ersten Notverordnung stimmte sie einem Mißtrauensvotum gegen die Brüning-Regierung zu. Auflösung und Neuwahl des Reichstags waren die Folge. Hätten die Wähler die Sozialdemokratie nicht bei der Wahl im Stich gelassen, dann wäre der Nationalsozialismus, der Hitlerismus, überwunden gewesen. Aber ein großer Teil der Wähler tat das Gegenteil von politischer Vernunft. Daraus erwuchs der Zwang zum Tolerieren. Nicht mit einem Jota hat aber deshalb die Sozialdemokratie die Verantwortung für die Notverordnungen oder auch nur einen Teil dessen übernommen, was die Brüning-Regierung der Arbeiterschaft an Schaden zugefügt hat. Diese Verantwortung trägt lediglich die Regierung. In keinem Fall hat die Sozialdemokratie den Notverordnungen zugestimmt. Sie hat aber die Aufhebung der Notverordnungen abgelehnt, weil in der heutigen politischen Situation ein solcher Beschluß Hugenberg und Hitler an die Regierung gebracht hätte. Dann hätte jeder mit Recht die Sozialdemokratie für den Faschismus verantwortlich machen können.

Die Tolerierung in den oben gezogenen Grenzen und ihre Zielsetzung lag also durchaus im Interesse des werktätigen Volkes und der Gewerkschaften. Möge die Arbeiterschaft dies bald erkennen und die richtige Nutzanwendung daraus ziehen.

Lenin und Trotzki für Tolerieren.

Zum Nutzen der Sache wird das Proletariat stets nicht nur die schwankende Kleinbourgeoisie, sondern auch die Großbourgeoisie unterstützen.

Lenin.

Auf die Straße gehen mit der Parole „Nieder die Regierung Brüning-Braun“, wenn nach dem Kräfteverhältnis diese nur die Regierung Hugenberg-Hitler ablösen kann, ist reinstes Abenteuertum!

Leo Trotzki in seiner Schrift „Gegen den Nationalkommunismus“.

Umsonst arbeiten!

Wenn man sich heute den Arbeitsmarkt der bürgerlichen Zeitungen oder den der Fachblätter ansieht, so findet man dort Anzeigen, über die sich der Unternehmer nur inniglich freuen kann. Hier bieten Arbeitsuchende umsonst ihre Arbeitskraft an, es fehlt nur noch, daß sie zur Sanierung brüchiger Betriebe auch das Kapital hergeben. Da liest man: „Kein 8-Stunden-Arbeiter“ oder „Lohn Nebensache“, oder „Bei bescheidenen Ansprüchen“, oder „Kein Tarifarbeiter“. In einer Anzeige heißt es sogar: „Auf Lohn wird kein Wert gelegt“; in einem anderen Inserat steht: „Ohne Gehalt suche ich Arbeit“. Einer empfiehlt sich „Gegen Taschengeld“, ein anderer „bei wenigen Ansprüchen“, ein Dritter inseriert: „Arbeitszeit unbeschränkt, Lohn Nebensache“.

Die Not der Arbeiterschaft erklärt heute vieles, aber so etwas läßt sich denn doch nicht entschuldigen. Aus solchen Angeboten schmieden die Unternehmer ihre Waffen. Wer schon Tarif- oder Lohnverhandlungen mitgemacht hat, der wird wissen, daß dann die Unternehmer schmunzelnd auf solche Angebote verweisen. Sie erklären, sie könnten Arbeiter umsonst haben, sie hätten es gar nicht nötig, Tariflohn zu zahlen. Unter solchen Umständen ist es natürlich sehr schwer, für die Arbeiter etwas herauszuholen. Erfreulicherweise handelt es sich nur um einen geringen Teil Arbeiter, die auf diese Art den Unternehmern Waffen in die Hände geben. Es sind „nationale Arbeiter“ oder „nationalsozialistische Arbeiter“ oder mit einem Wort gesagt „Gelbe“, die sich in dem Wahn wiegen, dadurch besondere Vorteile zu erreichen. Aber das Unternehmertum nutzt eben jede Gelegenheit aus. Und wenn es Arbeiter umsonst erhalten kann, dann wird es keine Arbeiter einstellen, die Lohn verlangen müssen, weil sie leben wollen! E. R.

Ein Reinfall der „Deutschen Tiefbauzeitung“.

In Nummer 44/1931 „Der Grundstein“ berichteten wir unter der Ueberschrift „Unverfälschtes Scharfmachertum“ von einer in der „Deutschen Tiefbauzeitung“ abgedruckten Antwort auf eine Eingabe der Bauunternehmer, die angeblich vom „Herrn Vorstand“ des Wasserbauamtes Halle a. d. S. stammen sollte. Nachdem bereits der wirkliche Vorstand des Wasserbauamtes, die Autorschaft jener Zuschrift bestritten, gibt nun eine Mitteilung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Dr. Falk, dem als Chef der Elbstrombauverwaltung die Wasserbauverwaltung Halle untersteht, in einem Schreiben vom 19. November — Nr. 13 369, DB 2 T 6 — die nötige Aufklärung:

„Der Aufsatz in Nr. 42 der „Deutschen Tiefbau-Zeitung“, dem die Ausführungen entnommen sind, ist von dem bei dem Wasserbauamte Halle beschäftigten Regierungsbaurat Witte verfaßt und als seine Privatansicht dem Bezirksarbeitgeber-Verband für das Baugewerbe usw. und nicht zur Veröffentlichung in der „Deutschen Tiefbau-Zeitung“ übergeben. Soweit der Aufsatz von den „leitenden Herren des Wasserbauamts Halle“ und von dem „Vorstand des Wasserbauamts“ spricht, fällt dem Regierungsbaurat eine Ueberschreitung seiner Befugnisse zur Last, wegen der ihm das Erforderliche eröffnet werden wird. Mit den Gedankengängen des Artikels identifiziert sich die Verwaltung und insbesondere auch das Wasserbauamt Halle a. d. S. nicht.“

Erfreulicher als die Entlarvung jenes im Wasserbauamt sitzenden sozialreaktionären Baurats, und des Hereinfalls der „Tiefbauzeitung“, die aus einer privaten Meinung eine amtliche machen zu können glaubte, ist das Vorgehen des Herrn Oberpräsidenten, der hoffentlich nun verhindert, daß Bauämter an einem Strang mit dem Unternehmertum ziehen, um die Arbeiterschaft auf ein noch tieferes Lebensniveau herabzudrücken.

Aus der Sozialgesetzgebung

Verspätete Krankmeldung.

Durch Notverordnung ist in die Reichsversicherungsordnung eine Bestimmung aufgenommen worden, nach der jede Arbeitsunfähigkeit der Kasse sofort, jedoch spätestens innerhalb einer Woche zu melden ist. Geht die Meldung erst später ein, so ruht das Krankengeld. Es wird also für die Zeit, für die die Meldung unterbleibt, nicht gezahlt. Brachte diese Neuerung schon eine Verschlechterung für die Versicherten, so wurde sie durch die bürokratische Anwendung mancher Kassen noch verschärft. Eine ganze Reihe Entscheidungen von Versicherungsbehörden sind ergangen, die erfreulicherweise meistens eine günstigere Auffassung vertreten. Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß die Krankenkassen diese Meldevorschrift nicht allzu streng auslegen sollen. Dieser Meinung hat auch der Reichsarbeitsminister in einem Erlaß vom 17. Februar 1931 Ausdruck gegeben. Es heißt dort, daß auch bei verspäteten Krankmeldungen das Krankengeld dann nicht zu versagen ist, wenn die Einhaltung der Meldefrist dem Versicherten nicht möglich gewesen ist. Es müssen Hindernisse vorliegen, die dem Versicherten die rechtzeitige Meldung unmöglich machen. Nach Wegfall dieser Hindernisse ist die Meldung jedoch unverzüglich nachzuholen. Neuerdings hat sich auch das Reichsversicherungsamt mit der Frage des Ruhens von Krankengeld beschäftigt. In einem Bescheid vom 16. Juli 1931 hat es sich der Meinung des Reichsarbeitsministers angeschlossen. In diesem Bescheid heißt es wörtlich: „Ob dem Versicherten die Beobachtung der Meldefrist nicht möglich war, ist je nach der Lage des Einzelfalles zu beurteilen. Unter Umständen wird dies auch dann anzunehmen sein, wenn der Versicherte sich nach der Mitteilung des Arztes oder nach der bei seiner Krankenkasse bestehenden Uebung darauf verlassen konnte, daß der behandelnde Kassenarzt für ihn die Meldung erstatten werde, und diese Meldung ohne Verschulden des Versicherten dann nicht fristgemäß erfolgt ist.“

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt ist das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamitfabrik bei **Geesthacht**, Baugewerkschaft **Hamburg**, wegen Lohnabzug.

Töpfer: Gesperrt sind: In **Crimmitschau** die Firma Hezinger, in **Halle/S.** Wilhelm Stahl, in **Hohenstein-Ernstthal** Eugen Wolf, in **Zeitz** die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hönicke und Böhme. In **Schleswig-Holstein** streiken die Ofensetzer.

Emden. Durch Gerichtsbeschluß wurde im September der Schriftleitung des „Grundstein“ verboten, die Sperre über die Firma Wenzel Schwalb noch weiter zu veröffentlichen. Wir kamen dem notgedrungen nach. Nunmehr ist durch örtliche Verhandlung vom Bauunternehmer Schwalb für seinen Betrieb die Vereinbarung vom 8. Oktober 1930 wegen Einstellung von Arbeitskräften anerkannt worden. Außerdem hat Schwalb die gegen den Redakteur Arthur Schmit angestrengte Klage zurückgenommen. Er übernimmt auch alle bisher entstandenen Kosten. Demnach steht einer Arbeitsannahme bei der Firma Wenzel Schwalb in Emden nichts mehr im Wege.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 2. November 1931.

Bezirksverband	Berichtende Baugewerkschaften	Mitgliederzahl am Wochenschluß	Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos: Maurer	Feuerungs- und Schornsteinmaurer u. Helfer	Poliere, Schachtmeister	Zementfacharbeiter	Zementarbeiter, Flechter, Bieger	Dachdecker und Hilfsarbeiter	Stuckgruppe und Hilfsarbeiter	Glaser	Ofenformer	Ofensetzer	Scheibentöpfer	Steinzeugarbeiter	Töpfereihilfsarbeiter	Fliesenleger	Isolierer und Helfer	Steinholzleger und Helfer	Kunststein-, Zementwaren-, Terrazzoarbeiter	Asphaltierer	Pfahlrammer	Leitergerüstbauer	Bauhilfsarbeiter	Jugendliche Hilfsarbeiter	Erdarbeiter	Absteifer bei Erdarbeit	Mineure	Rohrleger	Brunnenbauer	Lehrlinge	Weibliche Mitglieder	Insgesamt	vom Hundert der Mitgliederzahl 2.11.	26.10
Königsberg	7	14597	4419	3	160	47	102	101	125	8	6	210	—	—	17	25	10	—	89	9	—	7	3253	19	1158	20	—	17	12	489	8	10314	70,7	68,9
Danzig	1	3579	790	—	5	6	4	56	23	—	35	—	—	—	—	7	—	—	—	—	—	—	760	12	465	—	—	—	—	16	—	2179	60,8	57,9
Stettin	61	14785	5565	17	47	27	40	121	102	15	18	190	—	—	30	18	8	—	—	—	—	—	2286	1	809	—	—	7	—	223	5	9529	64,4	62,1
Breslau	41	37277	11683	34	327	228	51	208	65	47	166	410	118	184	193	58	35	5	45	—	—	—	7920	45	1351	—	—	2	2	1141	49	24367	65,4	64,5
Berlin	60	50020	17846	52	229	360	562	530	1187	355	196	731	13	26	139	350	179	71	24	463	—	—	12003	—	1189	—	—	2	47	851	20	37425	74,8	69,2
Magdeburg	42	26772	11634	13	107	21	23	305	58	113	36	165	129	—	31	31	79	—	13	—	—	5	3479	2	514	—	—	—	1	564	—	17323	64,7	64,4
Erfurt	34	18663	9321	51	133	67	21	175	139	195	10	100	2	—	17	29	36	2	26	—	—	—	3572	—	226	—	7	4	3	833	2	14971	80,2	79,8
Frankfurt	17	30538	11944	63	143	234	272	500	924	85	1	25	1	8	2	200	78	21	11	14	—	23	7851	206	1555	87	—	9	—	526	—	24783	81,2	81,4
Köln	12	16206	4373	51	143	287	361	484	1522	68	—	27	3	—	—	226	78	32	289	97	—	4	4321	162	749	3	—	1	1	274	—	13556	83,6	82,7
Dortmund	13	16048	5356	75	130	157	212	423	588	3	4	26	—	—	1	281	198	11	48	63	1	9	3960	248	1022	4	—	6	3	456	—	13285	82,8	82,7
Hannover	39	27217	11463	32	158	67	68	465	158	62	7	58	5	102	5	72	51	18	72	53	—	12	4530	4	869	6	—	5	1	844	1	19188	70,5	68,3
Bremen	31	13851	4900	17	94	56	274	216	87	22	5	12	2	—	3	43	47	5	1	1	6	—	3449	1	1200	—	—	6	6	208	—	10661	77,0	77,2
Hamburg	45	29197	9582	68	100	294	241	233	513	224	8	163	1	—	3	241	102	37	103	34	71	—	4969	—	2368	57	—	2	21	184	—	19619	67,2	66,6
Rostock	60	8236	2756	7	16	—	—	101	4	3	11	32	—	—	7	6	—	2	5	—	—	—	1445	—	369	—	—	—	6	148	—	4918	39,7	56,4
Dresden	31	59114	22325	45	421	349	142	692	303	505	384	607	27	1	97	131	98	78	16	109	—	3	15145	2	1005	—	5	4	23	1139	15	43671	73,9	72,0
Nürnberg	29	15982	4681	71	52	40	24	124	678	19	165	37	—	2	33	79	27	7	—	11	—	—	4588	2	259	42	5	7	1	237	1	11192	70,0	68,3
München	27	11480	3657	9	71	44	41	101	136	44	4	98	1	11	11	67	19	7	4	21	2	11	4052	20	334	124	12	8	2	177	—	9088	79,2	77,7
Stuttgart	14	8367	2171	20	16	111	32	23	1229	—	—	4	—	—	—	54	17	21	83	1	—	—	1198	94	598	—	—	—	—	133	—	6305	75,4	74,9
Karlsruhe	10	14188	5434	66	137	140	97	47	996	47	23	12	—	58	—	104	58	4	20	7	—	8	2780	198	374	24	5	4	1	249	—	10893	76,8	75,0
Zusammen	574	416117	149900	694	2489	2535	2567	4905	8837	1815	1079	2907	302	392	589	2022	1120	321	849	883	80	82	92061	1016	16414	367	34	84	130	8692	101	303267	72,88	—
Vorige Woche	574	417576	146841	674	2378	2462	2423	4763	8833	1834	960	2601	300	418	581	1963	1093	320	825	794	85	84	91047	999	16335	366	33	89	102	8083	90	297376	—	71,21

Unterhaltung und Wissen

Der Münchener Hitlerpalast.

Wenn man die Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in ihren Versammlungen reden hört, dann wollen sie das deutsche Volk „wieder" an spartanische Einfachheit, an Manneszucht, an Frauentreue und an Aufopferungsfähigkeit gewöhnen. Aber offenbar gelten diese schönen Rezepte nur für solche Volksgenossen, die so dumm sind, an die Lauterkeit der nationalsozialistischen Absichten zu glauben. Die Führung der Hitlerschen Arbeiterpartei beutet den Glauben dieser Volksgenossen, deren Zahl heute bereits in die Millionen geht, skrupellos aus und schafft sich in prunkvollen Parteipalästen ein luxuriöses Heim. Das sogenannte Münchener Braune Haus, Sitz der nationalsozialistischen Parteizentrale, ist heute zum Mittelpunkt eines ganzen Komplexes von nationalsozialistischen Palastgebäuden geworden, die in einem der vornehmsten und ältesten Viertel Münchens, zwischen Propyläen und Obelisk, liegen. Ein Haus um das andere und ein Palast um den anderen wird erworben und dem Braunen Haus — früher Haus Barlow, das einen Italiener zum Besitzer hatte — angegliedert. Dauernd sind Arbeiter mit dem Umbau beschäftigt und des öfteren erscheint der Parteichef, der ja früher einmal Dekorationsmaler gewesen ist, um seine sachverständigen Tips zu geben.

Versunken und vergessen ist die Zeit vor 12 Jahren, als Hitler die Gründer der Deutschen Arbeiterpartei — einfache Arbeiter und Angestellte — rücksichtslos beiseiteschob und aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ein Werkzeug der Reaktion und damit seines persönlichen Aufstieges machte. 1919 wanderte die nationalsozialistische Geschäftsstelle von einem Münchener Wirtshaus und Café zum anderen. Bei der offiziellen Eröffnung des Braunen Hauses konnte Hitler in byzantinischer Selbstbeweihräucherung schreiben: „Reichgemalte Kassettendecken wechseln mit holzgeschnitzten, ja einzelne Zimmer waren mit einer Pracht ausgestattet, die sehr stark an die Schloßbauten Ludwigs II. erinnerte."

An dieser Pracht hat sich auch nach dem Umbau — im Zeichen der fürchterlichsten Volksnot! — nicht das geringste geändert. Im Gegenteil! Die Berliner SA.-Männer, die Hitler anläßlich der Stennes-Revolte „auf eigene Kosten" nach München ins Braune Haus kommen ließ, um sie für ihre Hitlertreue zu belohnen, waren über soviel Luxus und Prunk einfach platt. Sie glaubten sich in den Palast eines modernen Industrie- oder eines Bankfürsten versetzt. Hitler hat ähnliche Allüren wie Wilhelm II. Er ist eine Art Plebejerausgabe des letzten Hohenzollernkaisers. Er beschäftigt sich gerne mit neuen Uniformen und Abzeichen der Partei, und er mimt auf dem Balkon des Braunen Hauses gerne den Diktator, der die Parade seiner Truppen abnimmt.

Im Regierungszimmer des „Führers", wie Hitler offiziell bezeichnet wird, hängt das Bild Friedrichs des Großen, den sich der Duce aus dem Braunauer Innviertel neben Mussolini zum Vorbild genommen hat. Die Anordnung des Schreibtisches und der Möbel ist eine ähnliche wie im Regierungspalast von Mussolini. Als Briefbeschwerer dient ein gehämmertes Hakenkreuz. Vom Arbeitszimmer Hitlers kommt man in den sogenannten Senatorensaal, der im Stile des altrömischen Senates angelegt ist. Hier sollen offenbar die Senatoren des „künftigen" deutschen Regierungsdirektoriums zusammenkommen. Sie können sich in weiche Polstersessel hineinfallen lassen. Bis jetzt ist allerdings noch kein Senator ernannt...

Es ist alles so aufgemacht, als ob im Braunen Münchener Palast bereits die zukünftige deutsche Regierung säße und nur auf eine rein formelle Bestätigung warte. Führer und Angestellte benehmen sich wie die Funktionäre einer herrschenden Macht. Die Kartothek der Mitglieder, die angeblich nahe an die Zahl von 700 000 herankommen sollen, ist in Panzerschränken untergebracht. In jedem Raum des Braunen Hauses hängt ein nicht gerade geschmackvolles Bild Hitlers, der oft abwesend ist und ebenso wie Wilhelm II. gern und viel reist. In der sogenannten Fahnenhalle ist „Befehlsausgabe" durch Oberleutnant Brückner, den Adjutanten Hitlers. Im ersten Stock residiert auch Hitlers Stabschef, Hauptmann a. D. Röhm, der nach dem verunglückten Novemberputsch von 1923 unter General Kundt bolivianische Dienste genommen hat und wieder nach Deutschland kam, als die Hitlerbewegung wie ein reißender Strom anschwoll. Gegen Röhm ist ein Verfahren wegen § 175 im Gange, das aber nicht recht vom Fleck kommen will.

Das Innere des Braunen Hauses vermittelt den Eindruck einer politischen Bewegung, die mit militärischen und kapitalistischen Mitteln und Methoden arbeitet, wie ein modernes Industrieunternehmen geleitet ist und den mythischen Glauben ihrer Anhänger in den Dienst skrupelloser Machtinteressen stellt. Die Unkosten decken die kapitalistischen Scharfmacher.

Das Kolossale.

Aus stärksten Gegensätzen besteht das Leben. Aus Gegensätzen heraus wird Entwicklung geboren. Eine Welt ohne Gegensätze würde die Welt der Erstarrung sein.

Das gilt auch für das tiefste Kulturempfinden. Wir lieben das Erhabene wie das Kleinste im Kleinen. Staunend stehen wir im Angesichte des Kosmischen. Das Kolossale erregt in uns hohe Bewunderung, jedoch auch das Kleine, Feine, Intime erfreut uns.

So ist es auch im großen Zusammenleben. Wir lieben Menschheit und Volk. Wir lieben Volk und Familie, den größten wie den kleinsten Kreis. So ist auch jeder Gewerkschafter mit seiner kleinen Kollegengruppe am Orte verwachsen wie mit dem ganzen Verband. Und jedem Mitgliede gilt die Treue des ganzen Verbandes, wie dem ganzen Verbande das Sinnen und Denken des einzelnen Mitgliedes gilt. Vom Größten bis zum Kleinsten: ein Leben. Und das Größte kann nicht des Kleinsten entraten. Ohne das Kleinste würde das Gewaltigste nicht sein.

So stecken auch im Schöpferbedürfnis des Menschen diese beiden Triebe: der nach Größe und Gewaltigkeit wie der nach möglichster Feinheit des Kleinsten und einzelnen. Wir lieben das exakte Werk, das feinste Präzisionsarbeit bietet, und doch lieben wir auch das größte Bauwerk, aus schweren, massigen Teilen zusammengesetzt.

Oft stoßen die beiden Schöpferkriebe zusammen. Zur Einheit oder zur unharmonischen Gegensätzlichkeit. Als der Bildhauer Dannecker einst eine Schillerbüste schaffen sollte, da schwankte er zwischen Feinheit und Gewaltigkeit, und er entschloß sich zur Größe des Werkes. Und als man ihn fragte, warum er die Büste so groß geschaffen habe, da antwortete er: Schiller muß so groß sein!

Es ist nicht so, als wenn diese Freude auch an kolossaler Arbeit, wie wir sie in unseren großen Bauten, in unseren gewaltigen Brücken haben, nur der Ausdruck modernen Menschenwesens ist. Auch aus alter Zeit kennen wir solch kolossales Schaffen, wie in den ägyptischen Pyramiden. Und Plutarch, der alte griechische Schriftsteller, berichtet von einem Entwurfe, den Berg Athos zu einer Kolossalstatue umzugestalten. Der rechte Arm der aus dem Berge gehauenen Kolossalfigur sollte sich um die Stadt schlingen; der linke aber sollte eine Schale halten, aus der sich dann ein Bach ins Meer ergoß.

Und ist es nicht bewunderswert, daß auch Tiere solch einen Schaffenstrieb nach kolossalem Bauwerk haben? In welch ungeheurem Verhältnis zur Größe der Tiere steht der Ameisenbau! Und welche unbegreifliche Leistung der Termitenameise, Bauwerke zu schaffen, die meterhoch sind!

Ist es der kosmische Ursprung, der dem umspannenden Fühlen in uns das Bedürfnis nach Kolossalem auch im Schaffen gibt? Ist es das Erlebnis des Gemeinsamen beim Werke von Größe, das da in uns nach Symbolen des Könnens drängt? Wie es Freude ist am Ursprung und am Erleben von innen heraus, das im Erschaffen von kleinsten Meisterwerken seine Entfaltung feiert?

Wir schwanken zwischen den Polen der Welt auch im Werke. Jeder einzelne ist mit seinem Werk, auch bei dem größten Werke, Ursprung, ohne den das große Werk niemals ist. Jede Größe hat Fülle von kleinstem Werk zur Voraussetzung.

Doch die starke Persönlichkeit hält beides zusammen. Sie steht zwischen den Polen. Sie treibt nicht hin zum Extrem.

Das Große verehren und das Kleinste lieben! Stürmen zum Allergewaltigsten, auch im Sozialen, und doch stets die Grenzen des Könnens wahren! Und auch in Achtung stehen vor kleinem Werke, das im Sozialen errungen ist!

Glied sein und das Ganze erleben!
Klein sein und groß sein!
Harmonisch sein!

Ein gutes Wort . . .

Mit Roheit und mit bösem Wort
Wirst nie du überzeugen,
Damit kannst höchstens kurze Zeit
Du nur den Schwächling beugen.
Das gute Wort jedoch, gepaart
Mit überzeugtem Wissen,
Gleicht einem schönen Samenkorn,
Das allen Hindernissen
Zum Trotz sich tief in Herz und Sinn
Vergräbt und Blüten treibt,
So daß als Frucht zu guter Letzt
Die Ueberzeugung bleibt,
Die du mit gutem Wort gezeugt,
Dem jeder Starrsinn weicht,
Und das ist dann dein schönster Lohn:
Du hast das Ziel erreicht!

Teefs.

Original-Holzschnitt von Willy Geißler — Linden-Verlag, München

Es war einmal . . .

Streifzüge durch den Aether.

Eine unerquickliche Tagesarbeit liegt hinter mir. Ich gehe zum Rundfunk, um mich an irgendeinem Meisterwerk zu erfreuen. Das Programm weist aber nichts besonders Verlockendes auf. Ich versuche einige kleine Stippvisiten: Bach, Mozart, Wagner, ein paar Minuten ausländische Chormusik, um dann aufs Geratewohl die Skala zu ändern und zu hören, was mir da in den Weg kommt. Bei diesen Streifzügen durch die Aetherwellen höre ich plötzlich Beethoven, Leonore Nr. 3: das hohe Lied der aufopferungsvollen Liebe von Leonore, die ihren Gatten aus dem Gefängnis befreit, in dem er wegen seiner politischen Gesinnung schmachtet; sie setzt ihr Leben aufs Spiel und bedroht den politischen Unterdrücker in höchster Not, als er den Gatten ermorden will, mit der Pistole. Da ertönt die Fanfare, die die Ankunft des Ministers ankündigt, der Befreiung bringt. Dies Werk, das in keinem Programm besonders angegeben war und dessen Sendeort ich daher nicht wußte, hörte ich bis zu Ende an. Nun meldet sich der Ansager und da gibt es eine große Ueberraschung: das Freiheitslied wird gesendet aus Mussolinis Reich, aus Rom.

Ich drehe weiter: ein starker Sender taucht auf, und ich erkenne Mahlers zweite Sinfonie, ein mir besonders nahestehendes Werk. Vergeblich suche ich in der Zeitung die Station, die die Mahler-Sinfonie sendet. Ich erkenne nur, daß der Chor in einer mir fremden Sprache singt.

Der Schlußsatz dieser großen Sinfonie, die man „Auferstehungs-Sinfonie" zu nennen pflegt, bringt, wie es Beethoven in der IX. Sinfonie zuerst getan, einen großen Chor mit Orchester, dessen Text von Klopstock herrührt. Sein Schluß lautet:

„Auferstehen, ja auferstehen wirst du, mein Herz, in einem Nu,
Was du geschlagen, zu Gott wird es dich tragen."

Die Sinfonie ist zu Ende, stürmischer Applaus ist hörbar. Dann meldet sich der Ansager — es kommt die zweite Ueberraschung dieses Abends: bei den ersten Worten erkennt man, daß er russisch spricht: Leningrad sendet die Auferstehungs-Sinfonie, deren klarer und eindeutiger Sinn ein Bekenntnis zu einer übermenschlich-höheren Macht ist!

So haben die Streifzüge durch den Aether auf der einen Seite künstlerische Genüsse, aber noch weit wichtigere Erkenntnis verschafft: das faschistische Italien scheut sich nicht, ein großes Kunstwerk zu bringen, dem eine sittliche Forderung zugrunde liegt, gegen die es stündlich auf politischem Gebiet handelt, und Sowjetrußland sendet eine große Sinfonie, die in einem Bekenntnis gipfelt, das seinen eigenen religiösen Forderungen zuwiderläuft.

Ich glaube, hier liegt Stoff zum Nachdenken für alle vor.

„Nepomuk Nachbedacht" und Herr Klagges.

Es gibt in Deutschland illustrierte Zeitungen wie Sand am Meere. Eine jede will angeblich „neutral" sein und sucht mit dieser Neutralität vor allem Arbeiterleser zu fangen. Eine Zeitschrift, die bereits in ihrem Titel klar sagt, was sie will und damit wohltuend von ihrer Konkurrenz absticht, ist die IRZ. — Illustrierte Republikanische Zeitung — herausgegeben vom Bundesvorstand des Reichsbanners. Durch einen vorzüglich ausgewählten Bilderteil sowie durch instruktive Beiträge namhafter Autoren versucht sie, im Sinne der Republik und gegen ihre Feinde zu wirken. — Sie hat sich u. a. einen Wochenplauderer, Nepomuk Nachbedacht genannt, geschaffen, der die jeweiligen Ereignisse durch den Kakao zieht.

In der Nummer 47 vom 21. November zieht er folgendermaßen vom Leder: „Was darf der Universitätslehrer nicht? — Er darf vor allem keine eigene Meinung haben. Es ist ihm strengstens verboten, über Kriegsursachen, Kriegsschuld, Fehler der Monarchie usw. nachzudenken. Ein Dozent, der pazifistischer Neigungen verdächtigt ist, wird zu Tode getrampelt. Theologen haben vor Antritt ihrer Vorlesungen unbedingt einen Kursus im Giftgaskrieg durchzumachen, in der Naturwissenschaft ist zu lehren, daß die Juden geistig unter den niederen Affen rangieren. Im übrigen ist jeder Darwinismus verboten. Volkswirtschaftslehrer werden nur dann zugelassen, wenn sie Karl Marx für einen krassen Ignoranten, Hochstapler und Schwindler erklären. Wer als Nationalökonom Gottfried Feders Geldschwundtheorie bekämpft, fliegt mit Schimpf aus dem Lehramt. Von jedem Dozenten wird vor Antritt des Lehramtes ein schriftlich niedergelegtes Glaubensbekenntnis gefordert. Dabei hat der Kandidat auf folgende unverbrüchliche Wahrheiten den Gewissenseid abzulegen: „Wilhelm II. war so friedliebend, daß er am 9. November 1918 noch gar nicht gewußt hat, daß seit vier Jahren Krieg war. Ludendorff hat den Weltkrieg gewonnen und ist als Sieger in New York eingezogen. Als die Entente winselnd vor Deutschland auf den Knien lag und um den Frieden bettelte, haben Marxisten, Jesuiten und Juden zwei Millionen Feldgraue von hinten erdolcht. Vorher hat es gar keine deutschen Toten im Weltkrieg gegeben. Das deutsche Volk hat sich am 9. November zur Revolution verführen lassen, weil es durch zu gute Verpflegung übermütig geworden war."

In der Schule.

Lehrer: „Wozu gehört der Floh?"
Schüler: „Zu den Nazis."
Lehrer: „Junge, wie kommst du denn darauf?"
Schüler: „Er ist braun und sticht!"

J. E.

*

Mit Volldampf ins Dritte Reich.

Ein Familienvater, streng völkisch, drei Jahre verheiratet, meldet den dritten Jungen an: Siegfried. Nachdem die Formalitäten erledigt sind, spricht er: „Schreiben Sie weiter — Giselher und Siegmund."

„Also Drillinge?" fragt erstaunt der Standesbeamte.

„Nee", entgegnet der stolze Vater, „letztere nur vorgemerkt für unseren Fünfjahresplan urteutscher Aufzucht."

BUNDES-TRIBÜNE

WIE STEHEN WIR ALS GEWERKSCHAFTER ZU DEN POLITISCHEN VORGÄNGEN DER LETZTEN ZEIT?

Nicht nur aus Raummangel, schon aus sachlichen Gründen hätte die Schriftleitung auch diesmal sehr stark streichen müssen. Nur allzuoft haben die Einsender die Grenze des Themas überschritten, haben sich lediglich allgemein zum Politischen geäußert, statt zu politischen Ereignissen Stellung zu nehmen. Sehr zahlreich waren die Hinweise auf die Bedeutung der Sozialdemokratischen Partei für unsere gewerkschaftliche Arbeit. Keine einzige Zuschrift hat in dieser Hinsicht etwa einen kommunistischen Standpunkt vertreten. Manch gutes Wort ist gegen die volksfeindliche NSDAP. und gegen die gewerkschaftsfeindliche KPD. geschrieben worden. Wo das nicht in Verbindung mit der Stellungnahme zu einem politischen Ereignis geschehen ist, mußten wir dies — schon aus Raumgründen — streichen.

Die Schriftleitung hat ihre Auffassung zu politischen Fragen und Vorgängen im Leitartikel und im vierten Aufsatz dieser Nummer niedergelegt. Im nachfolgenden sprechen in der Tagesfront stehende Gewerkschafter zu den Mitgliedern unseres Bundes.

Die Sozialdemokratie schlug die „Nationale Opposition".

Die „Nationale Front" versucht, gestützt auf die Dummheit der Masse, ihren Machthunger zu stillen. Um ihr Ziel zu erreichen, müssen sie das Bollwerk der Arbeiterschaft, die freien Gewerkschaften, zerschlagen. Deswegen der harte Kampf um Tarif- und Schlichtungswesen, deswegen verzweifelte Kämpfe um die soziale Gesetzgebung! Der Viereinhalb-Millionen-Erwerbslosen-Block soll zugunsten der Reaktion in Bewegung kommen, die Arbeiterschaft soll sich für einen Schindluderlohn anbieten. Die Kommunistische Partei leistet hierbei treue Gefolgschaft Der beste Beweis ist der preußische Volksentscheid vom 9. August. — Harzburg sollte die Rettung bringen. Die Regierung Brüning sollte mit Hilfe der Kommunisten gestürzt werden, „damit endlich Italien in Deutschland Wirklichkeit wird". Die Sozialdemokratie hat im Reichstag die „Nationale Opposition" geschlagen. Dafür werden die kommenden Generationen ihr ganz besonders Dank zollen. Wir brauchten keine Tolerierungspolitik betreiben, wenn die Arbeiterschaft sich ihrer Stärke bewußt wäre und bei der Wahl entsprechend handeln würde. Wenn gewissen Tieren Gefahren von ihren Feinden drohen, dann bilden sie einen Kreis und wehren gemeinschaftlich den Feind ab. Bei einem Teil der Arbeiter ist es umgekehrt; wenn Gefahr vorhanden ist, dann splittern sie sich ab Wann kommt die Zeit, daß die Gesamtarbeiterschaft die Stufe dieser Tiere erreicht?

Alfred Baude, Elbing.

„Die Arbeiterklasse hat nichts mehr zu verlieren."

Diese Worte werden heute nicht nur von verzweifelten Menschen gesprochen, die, besonders vom Unglück verfolgt, monate-, oder jahrelang die Arbeitsämter bevölkern. Auch in Versammlungen hört man sie oft. Aber zu Unrecht und in Verkennung dessen, was sich die Arbeiterklasse in jahrzehntelangen schweren Kämpfen durch ihre Organisationen geschaffen hat. Noch vor vierzig Jahren, also vor verhältnismäßig kurzer Zeit, war die arbeitende und besitzlose Klasse völlig rechtlos. Das Unternehmertum und die damaligen politischen Machthaber diktierten. Verfolgungen der Führer der Arbeiterschaft während des berüchtigten Sozialistengesetzes waren an der Tagesordnung. Die besitzlosen Staatsbürger waren durch Klassenwahlrecht und die Frauen durch Vorenthaltung des Wahlrechts überhaupt entrechtet; ebenso die Männer bis zum 25. Lebensjahr. Das war noch vor zwölf Jahren so!

Heute sind die Vorbedingungen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse durch das Vorhandensein starker politischer und wirtschaftlicher Organisationen erfüllt; nicht zuletzt auch durch die Grundrechte, die die Weimarer Verfassung der Arbeiterschaft gegeben. Es müßten nur die richtigen Nutzanwendungen gezogen werden. Würde in kürzester Zeit wie über das Ziel auch eine Einigung über den Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse herbeigeführt, dann wäre das Schicksal der „Harzburger Faschistenfront" besiegelt!

O. Mühlberg, Rüstringen.

Ernste Mahnung an die Regierungen.

Wir müssen in dieser Stunde eine ernste Mahnung an die Reichsregierung und an die Länderregierungen richten. Wir fragen, ob sie bereit sind, dem Terror der NSDAP. ein Ende zu machen, da sonst die Duldungspolitik der Sozialdemokraten gegenüber der Regierung unmöglich wäre. Unsere Tolerierungspolitik sollte dazu dienen, die Republik zu schützen. Sie kann aber nicht bedeuten, daß die von uns tolerierte Regierung das Treiben der SA.-Leute und der Nationalsozialisten sichert.

Wenn auch hier und dort Hakenkreuzler zu Schaden gekommen sind, so hat sich doch in fast allen Fällen ergeben, daß der Gegner der Nationalsozialisten in der Abwehr war. Wer das bezweifelt, möge sich daran erinnern, daß die Mordpest, die Mordanschläge und die Aufrufe zum Mord in Deutschland nicht existiert haben, bevor der Nationalsozialismus in Erscheinung trat. Wir erwarten von der Regierung eine alsbaldige Antwort, ob sie bereit ist, den Kampf gegen den Faschismus mit allen Mitteln aufzunehmen oder ob sie sich dem Nationalsozialismus unterwerfen will. In diesem Falle ist die Gesamtheit der Arbeiterschaft bereit, den ihr aufgezwungenen Kampf mit allen Mitteln durchzuführen. Wenn der Beschluß der Kommunistischen Partei, dem Terror einzelner Gruppen ein Ende zu machen, tatsächlich Beachtung finden soll, wenn die Partei tatsächlich auf die putschistische und terroristische Ideologie und Praxis verzichten würde, dann wäre damit wenigstens eines der zahlreichen Hindernisse beseitigt, die bisher einem gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse zur Abwehr des Faschismus im Wege stehen.

Abgeordneter Breitscheid (SPD.) am 14. November in Darmstadt.

Die Harzburger Tagung im Zeichen des Dritten Reiches muß uns ein Warnungssignal sein Verbunden mit der Sozialdemokratie müssen wir verhindern, daß Hitler zur Diktatur kommt!

Heinrich Diekmann, Vlotho.

Stärkt das Reichsbanner!

Die Nazi„sozialisten" werden von Jahr zu Jahr frecher. Viele unserer Kollegen haben unter dem Terror dieser Banditen zu leiden. Braunschweig gibt uns ein Bild, wie es uns einmal ergehen wird, wenn diese Räuberbanden ihr Drittes Reich errichten. Die Arbeiterschaft ist mitschuldig, daß es soweit kommen mußte. Wir sind viel zu human gewesen, leider auch zu uneinig. Unsere kommunistischen Kollegen, die sich an den Wühlarbeiten der RGO. beteiligen, müssen die Finger von dieser Zersplitterungsarbeit lassen, damit wir dem Ansturm der Reaktion standhalten können. In dieser bitterernsten Zeit hat das Reichsbanner schon viel für die Arbeiterschaft geleistet. Jetzt haben wir die Pflicht, das Reichsbanner mit besten Kräften zu unterstützen, damit wir den Nazis schlagkräftig antworten können.

Kurt Zschach, Maurer, Travemünde.

Tolerieren oder nicht?

Niederschmetternd und beschämend ist es, daß die Belastungen der Arbeiterschaft durch die Auswirkungen der Notverordnungen und durch die Erhöhung der Einfuhrzölle unter den Augen der Sozialdemokratie vorgenommen werden konnten. Wir waren gewöhnt, die Sozialdemokratische Partei als Sprecherin für unsere Interessen im Parlament zu betrachten und haben mit ihr durch unsere gewerkschaftlichen Vertreter eine gewisse Verbundenheit. Dies Verhältnis mag sich in früheren Konjunktur- und Krisenperioden bewährt haben. Bei der heutigen Arbeitslosigkeit wird es uns einleuchten, daß alle, die in nicht allzu weiter Distanz abseits jeder Notlage stehen und den klaren Blick für die proletarischen Belange noch nicht verloren haben, zu der Auffassung kommen, die Sozialdemokratische Partei kann nicht mehr unser politisches Ideal sein. Da aber mit der KPD. auf gewerkschaftlichem Gebiet keine Verständigung erzielt werden konnte, so kann für uns auch diese Partei als Vertreterin unserer Interessen nicht in Betracht kommen. Wer an eine materialistische Betrachtungsweise gewöhnt ist, wird zu der Erkenntnis kommen, daß nach Lage der parteipolitischen Dinge für die Schaffung der Sozialistischen Arbeiterpartei die Zeit gekommen war.

H. Strugies, Plauen (Vogtl.)

Die KPD. scheidet für die Vertretung gewerkschaftlicher Forderungen im Parlament wegen ihrer RGO. aus. Betrachtet man sich aber die Politik der SPD. in der letzten Zeit, so hinterläßt sie den Eindruck völliger Ohnmacht. Ueber Protestresolutionen ist sie nicht hinausgekommen. Brüning hat versprochen, über Härten der Notverordnungen zu verhandeln. Wieweit ist dies Versprechen erfüllt worden? Notverordnungen haben das Tarifrecht gelockert, der Lohnabbau wütet fast ungehemmt. Die SPD. verteidigt ihre Tolerierung mit dem Hinweis, den Faschismus von der Macht abzuhalten. Zweifellos würde eine Naziregierung versuchen, die Gewerkschaften zu zerschlagen. Jedoch wird mit jeder Wahl deutlicher, daß Hitler auf legalem Wege zur Macht gelangen wird. Die Tolerierung war also zwecklos, die Opfer umsonst. Aus diesen Erwägungen heraus ist die Sozialistische Arbeiterpartei gegründet worden. Sie fordert Abkehr von der Politik des kleineren Uebels, das sich inzwischen zu einem großen Uebel ausgewachsen hat. Die SAP. ist für mich die Partei, der sich die Gewerkschafter anschließen müssen.

Karl Rasch, Tiefbauarbeiter, Kreuzburg O/S.

Verwerfliche Tolerierung.

„Die Reichsregierung hat mit Hilfe der Sozialdemokratie die Mehrheit — aber kein Vertrauensvotum — bekommen." An diese Worte zweifelt niemand. Aber die Sozialdemokratie muß sich darüber klar sein, daß sie nun weiter die Mitverantwortung für die schon diktierten und die noch folgenden Notverordnungen übernommen hat. Brüning II. bedeutet für uns niemals einen Sieg. Ob die immer noch im Steigen begriffene Naziwelle abgeschwächt wird, ist zu bezweifeln. Wenn sich ein Teil der Arbeiterschaft für eine radikalere Richtung entscheidet, dann darf die SPD. nicht weiter tolerieren. Tut sie es trotzdem, dann wird sie bald die Fühlung mit den Arbeitern verlieren. Aus diesen Gründen kann man die frühere SPD.-Opposition, die heutige SAP. verstehen; besonders in ihrer Ablehnung Brünings und dessen Notverordnungen. Sobald die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Schluß macht mit der Tolerierung, wird die Naziwelle aufhören zu wachsen und die Zahl der Wähler sowie die Aktivität für die Arbeiterparteien steigen. Parole müßte beispielsweise sein: „Jeder sozialdemokratische Abgeordnete, Bürgermeister verzichtet auf so und soviel seines Gehalts." Und dann hinein in den Wahlkampf.

Rudolf Wille, Burg b. M.

Lahme Politik . . .

Alle Unruhen der Nationalsozialisten könnten längst beseitigt sein, wenn die SPD. dem ersten Mißtrauensantrag gegen die Regierung Brüning zugestimmt hätte. (Das hat die SPD. doch getan! Schriftl. der „Bundes-Tribüne".) Wir hätten unbedingt eine Rechtsregierung haben müssen; erst dann lernt das Volk Rechtspolitik kennen. Die Folge wäre: Die Nationalsozialisten hätten schon endgültig das Feld verlassen und nie wäre eine Zersplitterung der SPD. vorgekommen. Wir führen zurzeit eine lahme und versteifte Politik, die nie dem Wohle des Volkes dienen kann.

Otto Biermas, Limburg (Lahn).

Jede Tolerierung, jedes Kompromiß mit bürgerlichen Parteien muß abgelehnt werden, wenn nicht mit 75%iger Sicherheit vorauszusehen ist, daß eine faschistische Regierung verhindert werden kann. Kampf jeder Partei, die nicht in diesem Sinne tätig ist, Kampf auch jeder Spaltungsabsicht! Die Kommunisten und die Anhänger der Seydewitz-Gruppe erschweren uns nur den Kampf gegen die Reaktion. Wertvolle Kräfte des Proletariats verpuffen im Bruderkampf

Martin Kiesecke, Wilhelmshaven.

Welche „Chancen" bot uns der Sturz Brünings?

Sowohl die Rechts- wie die Linksbolschewiken fordern den Sturz der Regierung Brüning. Es gab auch viele Kollegen, die da meinen, daß man es einmal wagen könne, die Nazis regieren zu lassen. Die Arbeiterschaft würde dann „wie ein Mann aufstehen" und sie endgültig beseitigen Wer dies behauptet, geht an den tatsächlichen Dingen vorbei. Nach dem Sturz der Regierung Brüning bestand nur für die „Nationale Opposition" die Möglichkeit, eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit zu bilden Eine solche Regierung hätte auch das Vertrauen der Polizei und der anderen Machtfaktoren. Denn jeder Regierung, die auf verfassungsmäßigem Wege zustande kommt, gilt der Treueid der Polizei und der Beamtenschaft, ganz gleich, ob die Regierung rechts, links oder in der Mitte steht. Wenn die „Nationale Opposition" auf legalem Wege den Polizeiapparat in die Hand bekommt, dann ist es aus mit Demokratie und Wahlrecht. Eine verfassungsmäßige Reichsregierung ist ein Machtfaktor. Gegen ihr den Kampf aufnehmen, wäre ein Kampf mit ungleichen Waffen, bei dem wir unterliegen würden. — Die Regierung Brüning muß, wenn sie nicht das Mißtrauen der Arbeiterschaft vergrößern will, den Weg der Bankenaufsicht und der Industriekontrolle weitergehen. Von der Regierung Brüning darf man solches erwarten, von Hugenberg und Hitler, den Beauftragten der Großindustrie, nicht.

Was die Seydewitze, die in der Stunde höchster Gefahr die Partei spalten wollen, beabsichtigen, ist unverständlich. Mit ihrer SAP.-Gründung sind sie lediglich dem Eigensinn einiger Leute, die Kritik nur um der Kritik willen üben, gerecht geworden. Ueber kurz oder lang wird die SAP. zwischen SPD. und KPD. zermalmt werden, weil zwischen diesen Parteien keine dritte bestehen kann. Für uns kann es nur eins geben, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die Sozialdemokratische Partei zu festigen.

Karl Heiber, Hamborn.

Tolerieren, lebenswichtig für die Gewerkschaften!

Alle Lohnkämpfe, die gegenwärtig geführt werden, sind politische Kämpfe; alle Löhne Ausfluß politischer Macht. Wenn auch die Regierung Brüning einen unternehmerfreundlichen Charakter hat, so ist sie doch das kleinere Uebel gegenüber dem, was nach ihr kommen würde. Die SPD. hat durch ihre wohlüberlegte Haltung im Reichstag die „Nationale Opposition" von der Macht im Staate ferngehalten. Nicht aus Liebe zu Brüning, sondern aus Verantwortungsgefühl gegenüber der organisierten Arbeiterschaft. Sie hat verteidigt, was die Gewerkschaften in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit unter großen Opfern dem Kapitalismus abgerungen haben. Wir müssen der Politik der SPD. volles Verständnis entgegenbringen, für sie eintreten, unbekümmert darum, ob uns der eine oder andere verläßt, unbekümmert um die demagogische Hetze der Kommunisten.

Georg Nichtermann jr., Schweinfurt.

Die Tolerierung hat uns keine besonderen Vorteile gebracht, sondern einen Abbau nach dem anderen. Da aber die Bestrebungen der Reaktion zum Bürgerkrieg und zur Zertrümmerung unserer Gewerkschaften führen, ist die heutige Politik der Partei eine Notwendigkeit. Hätte die Partei nicht toleriert, dann hätten wir heute den Schlamassel. Eine neue sozialistische Arbeiterpartei brauchen wir nicht. Hinweg damit!

Oskar Kleist, Maurer, Wismar.

Durch Tolerieren zum Angriff!

Die SPD. muß notgedrungen Brüning tolerieren. Die SPD. ist die einzige Partei, die im Parlament für die Interessen der Arbeiterschaft arbeitet. Sie nimmt die Verantwortung auf sich, trotzdem sie — leider! — dafür bei den Massen Mißtrauen erntet. SPD. und Gewerkschaften müssen weiter Hand in Hand arbeiten. Wir müssen uns geschlossen hinter sie stellen. Nur so können beide Bewegungen wieder aus ihrer Abwehrstellung herauskommen und zum Angriff übergehen.

Philipp Euler, Hüttengesäß, Kr. Hanau.

Jedem Gewerkschafter muß klar sein, daß nach dem Sturz der Brüning-Regierung eine Rechtsregierung ans Ruder gekommen wäre. Das hätte völlige Vernichtung der Sozialversicherung, Abschaffung des Tarifrechts, persönliche Unfreiheit, vielleicht auch Auflösung aller Arbeiterorganisationen bedeutet. Das Schlimmste wäre die Zerstörung der demokratischen Plattform, auf der sich unsere Organisationen entfalten und zum Wohle der Arbeiterschaft wirken können. — Gewerkschafter müssen allen Spaltungserscheinungen innerhalb der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei entschiedenen Widerstand entgegenstellen. Alle Meinungsverschiedenheiten können innerhalb der Organisationen geschlichtet werden. Höchstes Gebot der Stunde ist Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse. Nur dann wird die Arbeiterbewegung die Wirtschaftskrise überstehen.

Denkt zurück an die Zeiten,
Wo rechtloses Freiwild ihr wart.
So kann es wieder werden,
Seid ihr nicht einig und stark.

Otto Kiel, Hesserode b. Nordhausen

Seid einig, einig, einig!

Die Krise des Kapitalismus schafft in der NSDAP eine mächtige bürgerlich-faschistische Sammelpartei. Jedes Mittel,

das geeignet ist, die Harzburger von der Regierungsgewalt fernzuhalten, muß von der Arbeiterschaft und ihren politischen Vertretern benutzt werden. Dazu gehört auch die Tolerierung der Brüning-Regierung. Trotz aller Notverordnungen, die diese der Arbeiterschaft beschert hat. Eine geeinte Arbeiterschaft hätte es nicht nötig, sich mit der taktischen Frage der Tolerierung zu befassen. Jeder Gewerkschafter muß es sich zur Pflicht machen, für die Sozialdemokratie zu wirken. Alle taktischen Meinungsverschiedenheiten müssen zurückgestellt werden. Alle Kräfte sind zur Abwehr jeglicher Diktaturgelüste zu sammeln!

Karl Rammelt, Maurer, Nebra a. d. Unstrut.

Die Taktik der Partei und der Gewerkschaften war den Verhältnissen entsprechend und konnte nicht anders sein. Sind auch keine materiellen Vorteile erzielt, so sind doch trotz des wirtschaftlichen Niedergangs die Errungenschaften der Arbeiterklasse fast restlos gehalten worden. Das kann nicht bestritten werden. Eine Aenderung der politischen Verhältnisse und des kapitalistischen Wirtschaftssystems kann nur eine einige und geschlossene Arbeiterklasse erzwingen; daher ist es ein Verbrechen, wenn die kampferprobten gewerkschaftlichen und politischen Organisationen gespalten werden. Noch ist es nicht zu spät! Hinein in die SPD.!

Walter Kaiser, Michlitz.

Man muß einmal nachdenken, was nach Brüning gekommen wäre. Da steht doch fest, daß wir dann eine faschistische Diktatur bekommen hätten. SPD. und Gewerkschaften werden von allen Seiten angegriffen. Die große Erwerbslosigkeit wird durch die radikalen Parteien ausgenutzt, lediglich um noch größere Uneinigkeit zu stiften. Meidet die bürgerliche Presse, sorgt für Verbreitung der sozialdemokratischen Presse!

W. Kaufmann, Wandsbek.

Vernunft und Vertrauen!

Weitesten Kreisen der Arbeiterschaft erscheint das Kabinett Brüning nur als Hungerkabinett. Wir Bauarbeiter haben allen Grund, zahlreiche Bestimmungen der Notverordnungen zu bekämpfen. Das Kabinett Brüning ist nicht unser Kabinett, seine Gesetze haben nicht unsere Billigung. Aber gibt uns nicht der Ringelpietz im Harzburger Kasino Anlaß, ernstlich nachzudenken. Klarer und deutlicher braucht uns doch wohl nicht der Kampf angesagt zu werden! Die Tolerierung Brünings durch die Sozialdemokratische Partei ist zurzeit nur der einzige Ausweg, den Dolchstoß, der uns von der „Nationalen Opposition" versetzt werden soll, abzuwehren.

Die Kommunisten, die sich als die wirklichen Marxisten brüsten, behaupten, daß man sich mit bürgerlichen Parteien überhaupt nicht verbinden dürfe. So etwas hat aber Marx niemals vertreten. Er hat vielmehr, besonders in seinem Briefwechsel mit August Bebel und A. Fr. Sorge, darauf hingewiesen, wie notwendig es für die Taktik des Proletariats ist, jede Situation auszunutzen, durch die es seine ökonomische und politische Macht im Klassenkampf stärken kann. Fester Zusammenschluß und Einigkeit in den freien Gewerkschaften, in der Sozialdemokratischen Partei und im Reichsbanner sei unsere Parole.

H. Dörnbrak, Neustrelitz.

Der Kampf gegen die Reaktion ist der KPD. Nebensache. Ja, man leistete bewußt der Reaktion Handlangerdienste (Volksentscheid in Preußen). Warum? Wer die Dritte Internationale kennt, weiß, daß sie allein die Politik vorschreibt, die die kommunistischen Organisationen der anderen Länder genau zu befolgen haben; ganz gleichgültig, wie die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den betreffenden Ländern gelagert sind. Die Kommunisten hassen die Demokratie — trotzdem sie viel Freiheit in ihr genießen — und verlangen Diktatur. Die politische Demokratie der Arbeiterschaft zu erhalten, ist Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. Wir anerkennen den Satz des Heidelberger Programms der SPD.: „Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schützt die Sozialdemokratie die Republik und tritt für ihren Ausbau ein." — Seydewitz und Rosenfeld jagen Illusionen nach. Ursache ihrer Sonderbestrebungen soll die Haltung der Partei zum Kabinett Brüning sein. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Politik der Partei richtunggebend bestimmt wurde durch den Wahlausfall vom 14. September 1930. Lediglich um zu verhindern, daß Hugenberg und Hitler ihre Ziele verwirklichen, stützt sie Brüning. Es ist das große Verdienst der SPD., daß sie dies bisher fertiggebracht hat. Ob ihr das ferner möglich sein wird, liegt in dem Vertrauen zur Führung und darüber hinaus in der Einigkeit der Arbeiterbewegung.

Fritz Börner, Fliesenleger, Wuppertal-Barmen.

Außer der Sozialdemokratischen Partei brauchen wir keine zweite sozialistische Partei.

Viktor Voigtmann, Coswig b. Dresden.

Jeder Gewerkschafter muß zur SPD. stehen!

Harzburg zeigte uns Wege und Ziele der Reaktion: Die Schwerindustrie will neben der wirtschaftlichen Macht auch die politische. Man will „freies Spiel der Kräfte", Zerschlagung der Gewerkschaften, der SPD. und der Genossenschaftsbewegung. Ist jeder Gewerkschafter Mitglied der SPD., dann werden wir mehr politischen Einfluß gewinnen!

Hans Knüppel, Borgfeld b. Bremen.

Nach der Parteizugehörigkeit befragt, bekommt man oft die Antwort: „Wir brauchen unsere paar Mark Lohn (die die Gewerkschaften errungen haben) für andere Dinge." Ein paar Pfennige der Partei zu opfern, die unsere politischen Interessen vertritt, erscheint etlichen Kollegen angeblich unmöglich. Jeder Gegner der Tolerierungspolitik hätte beim Sturz der Regierung Brüning II ganz bestimmt von Hugenbergs und Hitlers Kabinett genügend Aufklärung erhalten. — Die Absplitterung der Seydewitze ist ein Verbrechen am Proletariat; einige von ihnen werden später zur KPD., andere zur Nazipartei gehen, ein dritter Teil wird jede Lust zur politischen Arbeit verlieren, andere werden wieder zur SPD. zurückkehren. Außer der SPD. brauchen wir keine sozialistische Partei. Die SAP. führt heute schon ein Scheindasein. Es gilt, neue Kämpfer für die SPD. zu gewinnen. „Wo bleibt der zweite Mann!"

Willi Bittner, Hilfsarbeiter, Breslau.

Mißtrauen ist keine demokratische Tugend.

In dieser geschichtlichen Stunde darf es kein Mißtrauen gegen die Führer mehr geben! Eine deutlichere Kampfansage an die Gewerkschaften als in Harzburg gibt es nicht! Behalten die Mächte des Kapitalismus die Oberhand — und das werden sie, wenn nicht jeder Kollege politisch tätig wird — dann droht den breiten Massen des Volkes ewige Fron! Kein „Heil Hitler!", kein „Deutschland erwache!", kein „Rot Front!"; auch wenn sie uns mit Schalmeien in die Ohren geblasen werden, darf uns von unserem Weg abbringen! Nur eine Politik nützt uns, das ist die der SPD.!

Ernst Schlosser, Sensburg.

Ein Gebot der Stunde.

Jeder Funktionär muß heute mit den gewerkschaftlichen und politischen Problemen, unter der Notwendigkeit der inneren Verbundenheit mit der alleinigen Vertreterin der Arbeiterschaft, der Sozialdemokratie, vertraut sein. Mehr als bisher muß die Arbeiterschaft geschlossen hinter ihren Führern stehen. Das ist ein Gebot der Stunde! Freigewerkschaftlich organisiert sein und mit den Nazis oder Kozis liebäugeln, ist ein Unding. Erfreulicherweise hat der „Grundstein" seit einiger Zeit einen besonderen politischen Teil. Möchten die Kollegen ihn aufmerksam lesen! Die Not der Werktätigen ist größtenteils eine Folge der Katastrophenwahl vom 14. September 1930. Bei den Kampfmethoden der radikalen Parteien wird für die Arbeiterschaft nichts herauskommen.

Adolf Schulz, Kahlau.

SAP., KPD. oder SPD?

Proletarier spaltet euch!

Da das Stiefkind SAP. nun einmal geboren ist, so soll man es leben lassen. Es gibt Gewerkschafter, die durch die Wirtschaftskrise und die Politik der SPD. das Vertrauen zur Partei verloren haben, für die aber die KPD. wegen ihrer Scheinpolitik nicht in Betracht kommt. Durch die neue Partei ist die Möglichkeit gegeben, sich einer anderen sozialistischen Organisation zuzuwenden. Es werden auch einige Leute zur SAP. stoßen, die zurzeit der KPD. oder der NSDAP. angehören. Uns Gewerkschaftern und der Arbeiterklasse wird die neue Partei nichts bringen. Sie wird ein Unterkunftsraum sein für müde, durch die Wirtschaftskrise Erschöpfte.

Franz Swientek, Maurer, Ostrosnitz, Westpr.

Der Kampf der Reaktion kann nur dann zu einem für sie siegreichen Ergebnis führen, wenn die Arbeiterschaft nicht begreift, daß sie sich in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei zusammenschließen muß. Dank der so viel verlästerten Tolerierungspolitik der SPD. und dem Zusammengehen der Gewerkschaften aller Richtungen sind unsere Gegner bisher nicht zum Ziele gelangt. Sich vorzustellen, was kommen würde, wenn sie ans Ruder gelangen, ist nicht schwer. Die neue Sozialistische Arbeiterpartei (SAP.) wird der Arbeiterklasse bestimmt mehr schaden als nützen. Viele sehen in der Tolerierung ein Abweichen der SPD. von ihrem Programm. Zu allermeist aber sind es solche, die statt der Parteizeitung ein bürgerliches Blatt lesen. Würden die Kritiker ein Parteiorgan lesen, dann würden sie Bescheid wissen. Eine Katastrophenpolitik kann die SPD. nicht treiben. Das muß sie der KPD. und den Nazis überlassen.

Daß den Aposteln des Dritten Reiches große Massen nachlaufen, liegt vor allem in der Aktivität der Nazis. Sie halten die Massen in Bewegung! Es ist an der Zeit, daß Gewerkschaften und SPD. mehr aus sich herausgehen und aktiver werden!

Hans Regel, Maurer, Trier.

Das nächste Thema der „Bundes-Tribüne" hat wieder mehr wirtschaftlichen Charakter. Zur Aussprache stellen wir die Frage:

„Wie stehen wir zur Rationalisierung?"

Letzter Tag der Einsendung ist der 15. Dezember.

Die Schriftleitung.

Aus den Baugewerkschaften

Dresden. Noch nie hat die Arbeitslosigkeit in unserer Baugewerkschaft einen solchen Umfang erreicht wie in diesem Jahre. Noch im Jahre 1930 betrug bei uns die Durchschnittsarbeitslosigkeit 6739 Kollegen. In diesem Jahr liegt diese Zahl um einige tausend höher. So hatten wir im ersten Vierteljahr durchschnittlich 9465, im zweiten Vierteljahr 8231 und im dritten Vierteljahr 8197 arbeitslose Kollegen. Der günstigste Stand des Beschäftigungsgrades war Ende Mai mit 46 %. Anfang November ist bei einer Mitgliederzahl von rund 13 000 die Zahl der arbeitslosen Kollegen auf 8695 gestiegen. Unsere Baugewerkschaft hat 1000 invalide Kollegen, folglich beträgt unsere Arbeitslosenziffer jetzt rund 73 %. In den Hauptberufen ist die Arbeitslosigkeit noch stärker, bei den Maurern betrug sie Anfang November 75 und bei den Bauhilfsarbeitern 78 %. Die starke Arbeitslosigkeit ist besonders darauf zurückzuführen, daß in der Stadt Dresden in den letzten Jahren die Mietzinssteuer im Vorgriff abgegeben wurde. Durch die Umwandlung der Hauszinssteuer von der Gemeindesteuer zu einer Staatssteuer werden die früher bewilligten Beträge in Anrechnung gebracht, so daß geringere Mittel als bisher verteilt werden. — Außerhalb des Stadtgebietes war die Arbeitsgelegenheit etwas besser. Hier konnte man beobachten, daß die Unternehmer in den Landgebieten unserer Baugewerkschaft versuchten, niedrigere Löhne als die tariflich festgesetzten zu zahlen. Die Innehaltung unserer tariflichen Abmachungen ist unbedingte Pflicht. Dies sei allen Kollegen auch auf diesem Wege nochmals ans Herz gelegt. Die Arbeitslosigkeit wird in den Wintermonaten noch weiter ansteigen. Es wird aller Anstrengungen bedürfen, die Kollegen zusammenzuhalten. An die Kollegen selbst ergeht die Mahnung, auch in solchen schweren Zeiten das Vertrauen zur Organisation nicht sinken zu lassen.

Klosterlausnitz. (Meuchelmord oder Unfall?) Am 11. November fiel unser Kollege, Maurer Arno Kunze, im Alter von 47 Jahren einem tödlichen Unfall zum Opfer. Kunze arbeitete in Jena und wollte mit dem Frühzug dorthin fahren. Man fand ihn jedoch schwerverletzt auf der Chaussee liegen. — Die Todesursache konnte noch nicht festgestellt werden. Es wird angenommen, daß Kunze von einem Auto angefahren wurde oder einem politischen Mord zum Opfer gefallen ist. Da es sehr dunkel war, wäre es dem Mörder ein leichtes gewesen, das Weite zu suchen. Bei den Naziborden ist man ja nichts anderes gewohnt. — Kunze hinterläßt eine Frau und zwei Kinder. Ehre seinem Andenken! Möge der traurige Vorfall bald seine Aufklärung finden.

Solingen. (Kommunistische Verleumdung.) Das kommunistische Mitglied Hermann Christ hatte den Kollegen Heinrich Kaiser, Schriftführer unserer Baugewerkschaft, auf gemeinste Weise verdächtigt. Da Christ für seine Verdächtigungen nicht den geringsten Beweis erbringen konnte, gab er diese Erklärung ab: „Der Unterzeichnete erklärt hiermit, daß er die in der allgemeinen Mitgliederversammlung der Baugewerkschaft Solingen am 13. November 1931 aufgestellte Behauptung: „Kollege Heinrich Kaiser hat keine reine Wäsche! Er hat 1914 wochenlang vom Verband Unterstützung bezogen und dabei gearbeitet!" nicht aufrecht erhalten kann. Es hat mir fern gelegen, dem Kollegen Heinrich Kaiser ehrenrührige Verdächtigungen nachzusagen. Ich bedaure, daß ich vom Hörensagen eine so schwere Beschuldigung ausgesprochen habe, die, wie ich mich später überzeugen mußte, vollständig haltlos ist."

Aus den Fachgruppen

Töpfer und Fliesenleger.

Hohenleipisch. Der kommunistische „Klassenkampf" in Halle schreibt: „Die Blumentopffabrik Krüger & Klee in Hohenleipisch hat ihrer 100 Mann starken Belegschaft einen 10prozentigen Lohnabbau angedroht. Die Gewerkschaftsbürokratie nahm in einer Mitgliederversammlung des Deutschen Baugewerksbundes, dem die Belegschaft angehört, zu diesem Lohnraub Stellung, ohne ernstliche Kampfmaßnahmen in Angriff zu nehmen. Die Belegschaft muß sofort unter Führung der RGO. den Widerstand gegen den Lohnabbau und die bevorstehenden Entlassungen organisieren. Nur die Auslösung des Streiks wird die Maßnahmen der Unternehmer zuschanden machen. Bildet sofort im Betrieb einen Kampfausschuß unter Führung der RGO. und macht den Betrieb gegen den bevorstehenden Lohnraub und die Entlassungen streikfertig!" — Zu diesem Brimborium, das der „Klassenkampf" im Bewußtsein seiner Unverantwortlichkeit ausspeit, sei bemerkt, daß nicht die „Gewerkschaftsbürokratie", sondern die Belegschaft, zu der viele Kommunisten gehören, zu der Tarifkündigung Stellung genommen hat. Der Vorstand der Baugewerkschaft Crinitz, zu der Hohenleipisch gehört, hat dann die Schritte unternommen, die von der Belegschaft in der Versammlung als notwendig und richtig erkannt wurden. In der letzten Versammlung wurden die Maßnahmen des Vorstandes einstimmig gebilligt und gutgeheißen. Wenn die KPD. glaubt, mit Hilfe der RGO. etwas unternehmen zu müssen, so dürfte sie demnach bei ihren eigenen Mitgliedern auf scharfen Widerstand stoßen. Wenn die Belegschaft sich zum Streik stark genug fühlt, wird sie stets der Unterstützung durch den Baugewerksbund sicher sein. Was geschehen soll, beschließt die Belegschaft selbst im Vertrauen auf die Kraft der Organisation. Dazu wird weder die RGO. noch die KPD. gebraucht. Die Belegschaft ist gewerkschaftlich so geschult, daß sie die Einmischung Fremder, die ohne jegliche Erfahrung und ohne Verantwortung sind, ganz entschieden ablehnt.

Vom Bau

Köln. (Bericht der Bauarbeiterschutzkommission.) In den vergangenen Jahren haben wir bei besserer Baukonjunktur stets eine Unmenge Verstöße gegen die Bauarbeiterschutzbestimmungen feststellen können. Wir glaubten nun, daß in diesem Jahre Mißstände auf den Baustellen wohl kaum anzutreffen seien. Leider war das ein Irrtum. Die Verstöße gegen die Bestimmungen der maßgebenden Vorschriften haben sich erheblich gesteigert. Aus reiner Profitgier wird mit der Gesundheit und dem Leben der Bauarbeiter geradezu gespielt. So glich ein großer Teil der Unterkunftsräume eher Schweineställen als Räumen, worin sich Menschen aufhalten können. Baumaterial lagerte in allen Ecken, Zement auf Dielen, aber sonst war kein Fußboden vorhanden. Nach der Unternehmermoral ist der Zement eben kostbarer als die menschliche Gesundheit. Und daß die Kleider der Arbeiter unter diesen Umständen verdrecken, schert den Kraxler auch nicht. Mag er sich neue kaufen, er kann es ja, der Tariflohn ist ja nach der Unternehmerauffassung so „wahnsinnig hoch". Auch daß man im Winter keinen Ofen in der Baubude braucht, hält mancher Unternehmer für selbstverständlich. Bänke und Tische werden ebenfalls für überflüssiges Mobiliar gehalten. Und das Wichtigste auf der Baustelle, der Verbandkasten, fehlt oft gänzlich, zum Teil ist er in einem fragwürdigen Zustand. Die Unfallverhütungsvorschriften sind ebenfalls nicht immer vorhanden. Die Schutz- und Fanggerüste sind zum Teil sehr schlecht gebaut oder mangelhaft abgedeckt, wodurch Abstürze begünstigt werden. Die Arbeitsgerüste werden oft aus Böcken hergestellt, wobei man den Mittelbock noch fehlen läßt. Ferner trafen wir Gerüste an, bei denen als Unterlagen statt der Hebel Vierkant-Schalhölzer verwendet wurden. Die Balkenlagen waren vielerorts schlecht abgedeckt. In den Treppenhäusern fehlten Abdeckung und Brustwehren. An manchen Bauten sind die Leitern zu kurz und die Sprossen ausgetreten. An den Baumaschinen fehlen verschiedentlich die Schutzvorrichtungen, auch die Absperrung fehlt oft. Im Tiefbaugewerbe, wo die Unfallgefahr besonders groß ist, wird diese zum Teil noch auf der Arbeitsstelle fahrlässig erhöht. Allein beim Unterminieren haben sich im 3. Quartal 4 Arbeiter außer anderen Verletzungen Beinbrüche zugezogen. Ferner ereigneten sich Unfälle dadurch, daß sich Arbeiter zwischen den fahrenden Loren aufhielten. Bei Kanalbauten bei einer Tiefe über 2,80 Meter und einer Breite von 0,60 Meter vergißt man das Einbauen. Gewöhnlich beginnt man damit erst, wenn Arbeiter verschüttet wurden. All diese groben Mißstände sollten alle Aufsichtsbehörden mehr als bisher veranlassen, dagegen vorzugehen. Dem Bauarbeiter selbst rufen wir an dieser Stelle zu: Erwache! Schüttle deine Gleichgültigkeit ab, werde anspruchsvoll an dem Wenigen, was dir noch nach dem Gesetz zugebilligt wird!

Politische Zeitnotizen

Zentrum und Nationalsozialisten. Anläßlich des Ausgangs der Hessenwahl schreibt der Pressedienst der Zentrumspartei u. a.: „Immer näher rückt die Probe aufs Exempel. Nun müssen die Nationalsozialisten zeigen, was sie können. Eine wesentliche Steigerung der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht mehr möglich, weil es für die Nationalsozialisten im bürgerlichen Lager, aus dem allein ihnen der Anhang zufließt, einfach nichts mehr zu erobern gibt. Was zwischen Zentrum und Nationalsozialisten steht, ist so gut wie aufgerieben. Am Zentrumsturm bricht sich die Hakenkreuzflut. Im linken Lager sind nur die Truppen durcheinander geraten, ohne daß sie aber irgendwie geschwächt worden wären. Nun aber müssen die Wechsel eingelöst und die Versprechungen erfüllt werden! Und da liegt das große Hakenkreuz für die Hakenkreuzler. Nun sollen uns mal die Nationalsozialisten in Hessen zeigen, was sie können. Es wird sich für das deutsche Volk geradezu als ein Glücksfall herausstellen, daß in Hessen diese Generalprobe für die Regierungsweisheit der Nationalsozialisten gemacht werden kann. Und wenn die Betörten, diejenigen, die sich in einen Rausch haben versetzen lassen und diejenigen, die sich um ihre Hoffnungen betrogen sehen, dann erfahren müssen, daß auch die Nationalsozialisten nur mit Wasser kochen können, dann wird in der Tat das Erwachen für alle diese Schichten bitter und schwer sein. Und dieses dann wirklich erwachte Deutschland wird die Zukunft meistern." An anderer Stelle sagt der Pressedienst dann: „Ehe nicht Sühne geleistet ist für unerhörte Beschimpfungen des Zentrums und seiner Führer durch die nationalsozialistische Presse, können und werden wir mit den Nationalsozialisten nicht sprechen." — Danach scheint man im Zentrum den Plan zu hegen, in Hessen die Nationalsozialisten an die Regierung zu lassen, wenn sie vorher Genugtuung geben. — Hitlers „Völkischer Beobachter" gießt neue Schmutzkübel über die Zentrumspartei. „Noch immer sitze die Zentrumspartei im Reichsbanner, das Zentrum leiste dem blutigen Massenmord also unmittelbar weiteren Vorschub. Nur über die Leiche des roten Zentrums führe der Weg zur Freiheit." — Wiederum eine herrliche Aussicht in das Dritte Reich.

Redeverbot für Mordhetzer. In einer öffentlichen Versammlung in Frankfurt a. d. O. kündigte der preußische Innenminister Severing mit deutlichem Hinweis auf die nationalsozialistischen Mordhetzer die unten mitgeteilten Maßnahmen gegen die Hetzer zum Bürgerkrieg an. Durch diese werde es Personen, die im politischen Kampf offene und versteckte Drohungen gegen politisch Andersdenkende aussprechen, nicht möglich sein, in Preußen in Versammlungen zu reden. — Diese vernünftige Maßnahme gegen die Nationalsozialisten und andere Aufhetzer zu Mord- und Gewaltaten, bezeichnet die „Rote Fahne" als ein Verbot von „Klassenkampfreden" und kennzeichnet damit ihren wirklichen politischen Standpunkt. — Die Verordnungen geben, weil die bisherige Handhabung der Versammlungspolizei es nicht hat verhindern können, daß in Besorgnis erregender Weise in den Versammlungen der radikalen Parteien und Organisationen zu Gewalttaten aufgefordert oder angereizt wird, den Polizeibehörden das Recht, unter Anlegung strengsten Maßstabes Versammlungen, in denen — wenn auch in verschleierter Form — zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder angereizt wird, sofort aufzulösen. Versammlungen, bei denen insbesondere nach der Person des Redners die Besorgnis solcher Verstöße besteht, können vorbeugend verboten oder nur unter Ausschluß solcher Redner zugelassen werden. Verboten werden ferner nächtliche Geländeübungen und Märsche in der Zeit von 17 bis 7 Uhr. Ausgenommen sind behördlich angeordnete Veranstaltungen und Märsche von Personen im Kindesalter. Verboten wird ferner allgemein die entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe von Hieb- und Stichwaffen an Personen unter 20 Jahren, soweit es sich nicht um Personen handelt, die kraft eines öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses oder beruflich Hieb- oder Stichwaffen zu führen berechtigt sind.

Merkwürdige, allzu sachliche Objektivität! In der Konferenz der Innenminister sprach Reichsminister Groener schöne Worte darüber, daß sich die Staatsführung nicht von Erwägungen der Parteipolitik leiten lassen dürfe. Die Konferenz sollte Klarheit darüber schaffen, wie Terrorakte, Morde und andere Gewalttätigkeiten an politischen Gegnern verhindert werden können. Bei Herrn Groener fehlte nicht viel an offen bekundetem Mitleid für die Unschuldslämmer in Hitlers SA. Die Nationalsozialisten hätten sich — so sagte er — wegen der Mordtaten, die in der letzten Zeit besonders gegen SA.-Leute begangen worden seien, an den Reichspräsidenten gewandt, und dieser habe ihn gebeten, den Ueberfällen und politischen Mordtaten seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Herr Groener sagte nichts davon, er habe berechtigterweise den Reichspräsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß gerade die radikalen Gruppen auf der Rechten, also die Nationalsozialisten, im Verüben von Mordtaten und Terror Spitzenleistungen vollbringen, die selbst ihre Linkskonkurrenten in den Schatten stellen. Minister Groener hat nicht den Reichspräsidenten darauf hingewiesen, daß gerade die nationalsozialistische Partei den Terror zum Grundsatz erhoben habe. Herr Groener gab ohne eigene Stellungnahme gegen den Naziterror die Bitte des Reichspräsidenten an die Konferenz weiter mit dem Hinweis, daß er außerdem von „Herrn Hitler" umfangreiches Material über den Terror — nicht etwa den von den Nazis ausgeübten! — erhalten habe, das der Minister sorgfältig prüfen und dann den Landesregierungen zur Kenntnis bringen wolle. Diese Sorgfalt des Herrn Groener gegenüber der Organisation der Hitler, Frick und Göbbels ist keineswegs angebracht, sie hat unserer Meinung nach nichts mit dem geraden Kurs zu tun, den Herr Groener einzuhalten gedenkt. Herr Groener als bisheriger und gleichzeitiger Reichswehrminister wird genau wissen, von welcher politischen Ecke der Bestand des Staates am meisten bedroht ist. — Die „Sachlichkeit" gegenüber Gegnern wie den Nazisführern scheint bei Herrn Groener ebenso gelitten zu haben wie bei dem Monteur der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche", der in seiner Nr. 263 vom 13 November die „Gefahr des Privatkrieges" nicht etwa bei den Nationalsozialisten, sondern bei den Sozialdemokraten und beim Reichsbanner sucht, die angeblich mit böswilligen Putschgerüchten über Bestrebungen und Zusammenziehungen von nationalsozialistischen SA.-Truppen Gefahren heraufbeschwören. Gewisse Herren vom Zentrum und auch der Reichsinnenminister werden bald einsehen müssen, daß das Anfassen der Nazis mit Glacéhandschuhen durchaus nicht angebracht ist. Hoffentlich ist es dann nicht zu spät! — Der Innenministerkonferenz scheint die Schwäche des Herrn Groener aufgestoßen zu sein; denn in einem amtlichen Kommuniqué über den Abschluß der Konferenz wird mit besonderer Betonung festgestellt, daß der Terror bekämpft werden müsse, von welcher Seite er auch komme. — Die Feststellung aber genügt nicht. Die Braunhäusler müssen gepackt werden!

Gegen Mord und Terror. Die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatten mit dem Reichskanzler Dr. Brüning wegen der Mordhetze, die in ständig wachsendem Umfang von den Nationalsozialisten getrieben wird, eine Besprechung. An Hand umfangreichen Materials wurde der Nachweis geführt, daß von führenden Nationalsozialisten nicht nur zu Gewalttätigkeiten aufgefordert wird, sondern daß von der Privatarmee Hitlers, den SA.-Formationen, in zahlreichen Fällen Gewalttätigkeiten organisiert begangen wurden. Aufgabe der Staatsgewalt sei es in erster Linie, durch das aktive Hervortreten im Kampfe gegen Mordhetze und Terror sichtbar zu zeigen, daß dieser Kulturschande eine Grenze gezogen werden muß. Geschehe das nicht, so könne man nicht erwarten, daß die Massen des Volkes, die zur Republik stehen, Vertrauen zur Staatsgewalt haben. Man müsse begreifen, daß sie sich zur Selbsthilfe entschließen. — Sowohl Reichskanzler als auch Reichswehrminister verurteilten die politischen Ausschreitungen und versprachen, alle zur Bekämpfung möglichen und aussichtsreichen Schritte zu unternehmen. Das vorgebrachte Material über Terror der Nationalsozialisten soll sorgfältig geprüft werden.

Wer unsern Bund stärkt, stärkt sich selbst!

Für die Woche vom 22. bis 28. November ist der 48. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

Hitler-Terror. In einer Versammlung in Eutin forderte der Nationalsozialist Böhmker von den „nationalen Arbeitgebern", sofort die Marxisten zu entlassen, wenn sie nicht eine schriftliche Erklärung abgeben, daß sie nicht mehr dem Reichsbanner oder der SPD. angehören. Es sei eine Unmöglichkeit, daß nationale Arbeitgeber und Mitglieder des Stahlhelm Marxisten in ihren Diensten beschäftigen. Erfüllen die Unternehmer nicht diese Forderung, so begehen sie erneut schweren Verrat an der nationalen Befreiung. Böhmker forderte von der Stadtverwaltung Aechtung und Ausschluß aller Reichsbanner- und SPD.-Mitglieder aus der städtischen Lebensgemeinschaft. — Dieser Drohung hat sich nicht nur die Stadtverwaltung unterworfen, indem sie einen Reichsbannerkameraden, der bei den Licht- und Wasserwerken beschäftigt war, fristlos entließ; auch einzelne Unternehmer sind den unverschämten Forderungen Böhmkers nachgekommen. Aehnliches ist in Frankfurt a. d. O. und in anderen Orten geschehen, wo Unternehmer sich den Forderungen der Terrorbanditen fügten. Wenn wir auch keine große Hoffnung auf deutsche Staatsanwälte setzen, so ist trotzdem die Frage berechtigt, wo angesichts dieses Boykotts und dieser Verrufserklärungen der Staatsanwalt bleibt. Sicherer und besser ist allerdings, wenn die organisierte Arbeiterschaft sich solche Burschen wie Böhmker persönlich vorknöpft. Wenn die Staatsgewalt versagt, muß die Selbsthilfe heran!

Erneute parteiamtliche Mordandrohungen. Der Pirmasenser Heimkrieger, Nationalsozialist Frick, thüringischer Minister a. D., wiederholte in einer Versammlung in Sonneberg i. Thür., seine in Frankfurt a. d. O. geäußerte Drohung vom volksfeindlichen Marxismus, der mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden soll, wobei tausend oder zehntausend marxistische Funktionäre zu Schaden kommen sollen. Die Aeußerungen wurden diesmal im Beisein Hitlers gemacht, wodurch sie parteioffizielle Bedeutung bekommen haben. — Um eine rednerische Entgleisung kann es sich hierbei nicht handeln. Es ist höchste Zeit, Herrn Frick und seine Kumpane hinter Schloß und Riegel zu setzen.

Vorläufig keine französische Anleihe. Der französische Ministerpräsident Laval berichtete vor den vereinigten Kammerausschüssen der Finanzen und für auswärtige Angelegenheiten über seine Reisen nach Berlin und Washington. Die heutige Schwierigkeit einer französischen Anleihe für Deutschland besteht nach Lavals Ueberzeugung in der zweifelhaften Stabilität der politischen Lage in Deutschland. Für eine Anleihe würde vorläufig in Frankreich keine Beteiligung zu finden sein.

Pfrimer aus Bayern ausgewiesen. Der österreichische Putschist und Heimwehrführer Pfrimer, der kürzlich nach München kam, wurde mit allerkürzester Frist aus Bayern ausgewiesen. — Pfrimer wird mit neuen Heimwehr-Putschplänen in Verbindung gebracht.

Exkönig Alfons lebenslänglich ins Kittchen. Der spanische Exkönig Alfons ist der Beleidigung gegen das souveräne Volk und der militärischen Rebellion für schuldig befunden worden. Die Nationalversammlung als souveränes Tribunal stellte Alfons von Bourbon — schuldig des Hochverrats — außerhalb des Gesetzes und erklärte ihn in Acht und Bann. Wenn er spanischen Boden betrete, könne jeder spanische Bürger ihn verhaften. Der Exkönig wird aller Ansprüche, Rechte und Würden für sich und seine Nachkommen für verlustig erklärt. Seine Güter und Besitztrechte verfallen dem Staat. — Zur Nachahmung empfohlen!

Allgemeine Rundschau

Kaum noch zwei Drittel des vorjährigen Zementabsatzes. Der völlige Stillstand des Baumarktes, die immer bedenklichere volkswirtschaftliche Folgen zeitigt, spiegelt sich im Zementabsatz getreulich wieder. Der Oktober brachte mit einem Zementabsatz von 287 000 Tonnen einen Rückgang von rund 37 % gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres, der seinerseits bereits um 33 % unter dem Oktoberabsatz 1929 lag, so daß sich im Vergleich der beiden Jahre 1931 und 1929 ein Rückgang von rund 58 % ergibt.

Steinholzlegerarbeit in Vigo. Unsere Berechnung des Wertes der spanischen Peseta im vorigen „Grundstein" war falsch. Nach den amtlichen Devisenkursen scheint die Peseta ständig zu sinken, ihr Wert betrug am 17. November nur noch etwa 36,50 ₰. Auf Grund dieser Feststellung sollten unsere Kollegen auf Arbeitsannahme in Vigo verzichten, selbst wenn ihnen 80 Peseta Wochenlohn geboten würden; in Mark umgerechnet gelten nach dem Kurs vom 17. November 80 Pesetas nur noch rund 29,20 ℳ. Dafür kann in Spanien kein Steinholzleger arbeiten.

Die Reisekosten eines Mannes der Nationalen Opposition. Eine Reisekosten-Abrechnung des vormaligen Oberbürgermeisters von Hagen, eines nicht ganz unbekannten Parteigenossen des Herrn Hugenberg, hat diesen Wortlaut: „Ich habe in Berlin die Eingemeindungsverhandlungen wahrgenommen, wie vom Stadterweiterungsausschuß beschlossen. Zu diesem Zwecke war ich abwesend von Sonntag, dem 16. Juni, bis Samstag, dem 22. Juni d. J. Meine Frau hat sich wunschgemäß an dieser Reise beteiligt und war vom 16. bis 20. Juni in Berlin. An baren Aufwendungen sind dafür entstanden:

1. Reisekosten 1. Klasse Hagen—Berlin mit Schlafwagenbenutzung	192.—
2. Reisekosten 1. Klasse Berlin—Hagen	130.—
3. Hotel laut Rechnung	325.96
4. Bewirtungen	527.—
5. Sonstige eigene Verpflegung	160.—
6. Besondere Auslagen für Gepäck, Telephon, Telegramme, Autofahrten, Trinkgelder und Besorgungen, für Karten usw.	395.—
Zusammen ℳ	1729.96

Ich bitte um Anweisung.

Oberbürgermeister Finke.

„Die „altpreußische Sparsamkeit", von Hugenberg viel gepriesen, hat nicht verhindern können, daß die Stadt Hagen für Dienstreisen seines deutschnationalen Oberhauptes, täglich 300 ℳ zahlen soll. Auch die Frau des „Ober" hat sich „wunschgemäß an dieser Reise beteiligt." Dieser Wunsch mag aus der Erkenntnis geboren sein, daß Berlin für männliche Provinzler Glatteis ist und viel Verführerisches bietet. Schließlich muß ja die Gattin den Gatten kennen. Aber muß eine Stadt auch die Kosten für Feldwebeldienste tragen?

Internationaler Schwindler. Die Zahlstellen der Verbände versucht ein Mann zu brandschatzen, der mit Wanderkarten des Dänischen Tabakarbeiterverbandes Deutschland bereist. Er hat solcher Karten viele, sie jedenfalls gestohlen und auf verschiedene Namen ausgestellt. Er nennt sich Joo Merden, Juri Hondi, Hanto Jäno, Max Divicon, Juri Weisza, Max Schröt, vielleicht auch noch anders. Vor dem Schwindler sei gewarnt. Er ist etwa 1,70 Meter groß, hartlos, kräftig gebaut, blond, trägt Halbschuhe, welchen grauen Hut, hellbraune Knickerbocker, hellen Mantel und einen braunen Handkoffer mit hellen Ecken.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

Aschaffenburg. (Algenau.) **Jean Kleppe,** Dachdeck.,68 J.
Augsburg. **Johann Müller.** Maurer, 57 Jahre alt.
Bautzen. **Ernst Lieske,** Hilfsarbeiter, 52 Jahre alt.
Breslau. **Paul Erbe,** Maurer, 56 Jahre alt.
Bunzlau. (Heynau.) **Josef Gierth,** Ofensetzer, 57 J.
(Naumburg.) **Friedrich Stephan,** Töpfer, 60 J.
Heinrich Wagner, Töpfer, 64 Jahre alt.
Dresden. **Hermann Dietrich,** Maurer, 84 Jahre alt.
(Reichenberg.) **Ernst Mehlich,** Maurer, 70 Jahre.
Gustav Meißner, Ofensetzer, 64 Jahre alt.
Gelsenkirchen. (Herne.) **Alfons Linke,** Hilfsarb., 55 J.
Glauchau. **Otto Korn,** Maurer, 58 Jahre alt.
Hof. (Münchberg.) **Hans Leupold,** Maurer, 24 Jahre.
(Marktredwitz.) **Christof Seidel,** Maurer, 67 Jahre
Klosterlausnitz. **Arno Kunze,** Maurer, 47 Jahre alt
Königsberg i. Pr. **Otto Zilius,** Ofensetzer, 57 Jahre
Leipzig. **Hermann Mehnert,** Putzer, 71 Jahre alt.
(Schkeuditz.) **Hermann Riemer,** Hilfsarb., 73 J.
Lüdenscheid. **Paul Kämmerer,** Maurer, 32 Jahre alt.
Magdeburg. (Olvenstedt.) **Wilhelm Freist,** Maurer, 76 J.
Militsch. (Kraschnitz.) **Albert Siengel,** Maurer, 39 J.
Neustadt/Haardt. **Peter Kurz,** Zementierer, 46 Jahre.
Oschatz. **Wilhelm Pape,** Maurer, 70 Jahre alt.
Recklinghausen. **Michael Mikolaczak,** Hilfsarb. 50 J.
Stade. **Peter Schmitz,** Töpf./Hilfsarbeiter, 36 Jahre.
Torgau. (Hinterfee.) **Julius Weslend,** Maurer, 73 J.
Waren. **Hermann Zülke,** Dachdecker, 49 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Baugewerkschaft Itzehoe.

Unser Büro befindet sich jetzt in Itzehoe, Langer Peter 82, pt. Lokalgeschenk an durchreisende Kollegen wird bis auf weiteres nicht mehr gezahlt.

Angestellter gesucht. Die Baugewerkschaft Oels (Schles.) sucht zum 1. Januar 1932 einen Angestellten, der rednerisch und schriftlich begabt ist. Voraussetzung hierfür ist zehnjährige Mitgliedschaft im Baugewerksbund und einem seiner Vorläufer. Bewerbungsschreiben sind in doppelter Anfertigung zu richten an: Ernst Scholz, Oels (Schles.), Ritterstr. 8.

Bücher u. Schriften

Der rote Handel lockt. Von H. R. Knickerbocker. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin W 50, Passauer Str. 8. Preis kart. 5,80 M. — Nach seinem interessanten Buch „Der rote Handel droht" nun dies nicht minder lesenswerte. Knickerbocker ist in der Welt herumgefahren, hat die wirtschaftlichen Knotenpunkte Europas besucht, Paris, Brüssel, Antwerpen, Amsterdam, London, Kopenhagen, Oslo, Stockholm, Helsingfors, Berlin, dazu den Balkan und manche andere Handelsstadt der europäischen Wirtschaft, hat dort die Fäden des Sowjethandels aufgespürt und dann eine interessante Reportage — das aber ist sicher zu wenig gesagt — geschrieben. An fast allen Plätzen traf er tüchtige Handelsvertreter, die ihre Fähigkeiten um so mehr entwickeln konnten, weil der Außenhandel der Sowjetunion Monopolcharakter hat und dem freien Handel als geschlossene Einheit entgegentritt. Schon in manchen Ländern ist Rußland durch Preisunterbietung und vermöge günstiger Zahlungsbedingungen — die oftmals erst durch Ausfallsgarantien der bürgerlichen kapitalistischen Länder ermöglicht werden — eingebrochen. Die Interessentenhaufen der einzelnen Länder der ach so herrlichen freien Wirtschaft liegen sich in den Haaren, wenn die russische Handelsvertretung auftritt. Der Profit ist bedroht, nicht das angeblich so sehr geliebte Vaterland. Englische Textilfabrikanten wollen keine russischen Textilwaren auf dem englischen Markt, aber die Maschinenfabrikanten Englands verkaufen Maschinen nach Rußland, die doch erst die Konkurrenz gegen Englands Textilindustrie ermöglichen. Die flämischen Bauern erreichen bei der belgischen Regierung Maßnahmen gegen die Einfuhr russischen Weizens; nun kommt der Weizen von Rotterdam über die belgische Grenze. Geschädigt ist aber der belgische Hafen Antwerpen. In Rußland herrscht zwar Brotnot, aber es muß auch Weizen verkaufen, denn es braucht ausländische Valuta, um industriell und wirtschaftlich rüsten zu können. Unter den härtesten Lebensbedingungen und Entbehrungen wird versucht, den Fünfjahresplan durchzuführen. Eine starke Schwächung der Kaufkraft der Arbeiter und Bauern und damit auch des Innenmarkts Rußlands ist die Folge. Wer denkt bei diesen Tendenzen nicht an die deutschen „Notverordnungen zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" und an den Lohndruck der deutschen Kapitalisten, die da glauben, dadurch den Konkurrenzkampf der Länder mit einem niedrigeren Lohnniveau wie in Rußland, wo man eben erst die Gleichheit der Löhne aufgehoben hat, bestehen zu können. Dabei kommt doch alles darauf an, den bankrotten, angeblich freien Handel zu verabschieden und auf dem Weltmarkt mit nationalen Handelseinheiten und Monopolorganisationen aufzutreten. Der russische Außenhandel ist zwar noch sehr gering, die gesamte Sowjetausfuhr betrug 1929 insgesamt 921 Millionen und 1931 rund eine Milliarde. In einigen Ländern konkurriert es mit dem amerikanischen Weizen, in anderen Ländern mit finnischem oder schwedischem Holz usw. Italien, das faschistisch wurde, um sich vor dem Bolschewismus zu retten, führt heute Makkaroni und Seide (Kokons und Rohseide) aus Rußland ein. Frankreich, das noch kein offizielles Bündnis mit Rußland hat, heizt die Kessel seiner Kriegsmarine mit Sowjetöl. Das Oel wird zum Mittler zwischen den Sowjets und dem Rentnervolk zwischen Rhein und Pyrenäen. Man verhandelt in Paris über ein Freundschaftsbündnis und über Kredite. Aber kein Land, am allerwenigsten Deutschland, kann allein von den Beziehungen mit Sowjetrußland leben. Dazu ist der Güteraustausch und das, was Rußland bieten kann, noch zu gering. Die Gesamtausfuhr an Lebensmitteln und Getränken hatte 1928/29 einen Wert von 470 Millionen M, Deutschland braucht aber allein für 3825 Millionen. 1929/30 hatte die Gesamtausfuhr Rußlands einen Wert von 600 Millionen M, Deutschland braucht aber allein für rund 3000 Millionen. Von dem Bedarf Deutschlands an Rohstoffen und Halbfertigwaren deckte Rußland 1928/29 nur 4,1 %, 1930 auch nur 5,1 %. Die Gesamtausfuhr Rußlands an Rohstoffen und Halbfertigwaren hatte einen Wert von etwa 1200 Millionen, Deutschland braucht aber allein für sich für 7205 Millionen. Von der deutschen Fertigwarenausfuhr, die 1929 einen Wert von 9832 Millionen und 1930 einen Wert von 9038 Millionen M hatte, konnte im ersten Jahr Rußland nur für 275 Millionen und im zweiten Jahre für 360 Millionen aufnehmen. Auch wenn Rußland seinen ganzen Bedarf bei Deutschland gedeckt hätte, so wäre das nur ein kleiner Teil der deutschen Ausfuhr, denn die Gesamteinfuhr Rußlands an Fertigwaren hatte einen Wert von 640 Millionen. Von der deutschen Ausfuhr kann Rußland nur 6 bis 18 % aufnehmen. — Das Buch Knickerbockers ist, wenn auch die Darstellung hier und da übertrieben sein mag, ein Buch, das in der Rußlandliteratur nicht übersehen werden darf.

Eine besondere Weihnachtsüberraschung verspricht die Büchergilde Gutenberg den Mitgliedern dieser Gemeinschaft werktätiger Buchleser. Wie im Vorjahre bringt die Büchergilde auch diesmal wieder ein besonders zu Geschenkzwecken geeignetes Werk zum Vorzugspreis heraus, und zwar den Roman „Ursula", Geschichte eines kleinen Mädchens, von Ernst Preczang. Der Roman wird in der Monatszeitschrift ausführlich besprochen. Nach der Ankündigung läßt sich bereits heute sagen, daß das Buch eine große Auflage erreichen wird. Im übrigen bringt das Heft zahlreiche interessante Erzählungen, Skizzen und Abbildungen, u. a. von Lovis Corinth, Max Pechstein und Edyth van Leckwyck.

„Den Freunden des Verlags F. A. Brockhaus" ist die gleichnamige Jahresgabe des alten Verlagshauses Brockhaus, Leipzig C 1, Querstr. 16, gewidmet. Die gut ausgestattete Schrift wendet sich an den großen Anonymus Leser, verrät aber doch den veredelten Geschmack, den die unbekannten Brockhaus-Freunde in aller Welt besitzen. Wertvolle Beiträge von Sigrid Undset, Alexandra David-Neel, Gerhart Hauptmann, Sven Hedin, Max Freiherrn von Oppenheim und anderen bedeutenden Schriftstellern und Gelehrten gestalten das Büchlein in Verbindung mit den Bildbeigaben zu einem der besten Almanache, die deutsche Verlage herausgegeben. Der Verlag sendet das kleine Werk Interessenten gern zu.

Protokoll der Verhandlungen des vierten Bauarbeiterschutzkongresses, abgehalten am Montag, dem 8. und Dienstag, dem 9. Juni 1931 in Berlin. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstr. 6a. Ladenpreis 1,90 M, Organisationspreis 1,50 M. — Die auf dem Kongreß gehaltenen Vorträge geben sowohl einen Ueberblick über die Fortschritte der Bauarbeiterschutzbestrebungen der letzten zwei Jahrzehnte als auch über die inzwischen durch die Entwicklung des Bauwesens und die Fortschritte der Technik aufgetretenen veränderten Gefahren und die Möglichkeiten ihrer Bekämpfung. Dem Protokoll ist im Anhang eine gedrängte Zusammenstellung einer Anzahl für die Durchführung des Bauarbeiterschutzes wichtiger Bestimmungen beigegeben, wodurch die Orientierung über die geltenden Vorschriften sehr erleichtert wird. Das Protokoll wird nicht nur Gewerkschaftsfunktionären, Mitgliedern der Bauarbeiterschutzkommission und den Bau- und Platzdelegierten, sondern auch Betriebsleitern, Polieren und den Baukontrolleuren bei ihrer Aufgabe, Unfall- und Gesundheitsgefahren im Baugewerbe zu beobachten und zu beseitigen, ein sehr erwünschter Helfer sein.

Unfallverhütungs-Kalender 1932. (Wahr-Schau-Kalender.) Verlag Unfallverhütungsbild G. m. b. H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, Köthener Str. 37. Preis 15 ₰. Die Ausstattung des 64 Seiten starken Büchleins ist diesmal besonders gut gelungen. Neben einem Kalendarium enthält der Kalender eine große Anzahl Unfallverhütungsbilder und Hinweise für die Praxis, die es verdienten, jedem Arbeiter bekannt zu werden. Auf den ersten 15 Seiten sind 60 Unfallverhütungsbilder, die nicht ohne weiteres erkennen lassen, welche Gefahr bei der dargestellten Arbeit vorhanden ist. Für 40 Bilder ist einige Seiten später Aufklärung gegeben. An der richtigen Aufklärung der restlichen Bilder kann sich jedermann beteiligen. Für richtige Lösungen hat der Verband der Berufsgenossenschaften Preise bis zu einem Gesamtbetrage von 1000 M ausgesetzt. Mit Befriedigung können wir auch feststellen, daß die für den Arbeiter verletzende Form der Darstellung und des Textes in früheren Kalendern diesmal nicht enthalten ist. Der Verband der Berufsgenossenschaften hofft, daß die Unternehmer das Büchlein erwerben und in der Belegschaft verteilen; ein Recht auf Aushändigung des Büchleins steht leider keinem Arbeiter zu. Wir bitten unsere Baudelegierten und Betriebsräte, sich bei den Unternehmern für den Erwerb des Buches einzusetzen. Zur Verhinderung eines Unfalles darf nichts unversucht bleiben.

Ein Spiegelbild der Reichstagsverhandlungen. Im Auftrage des sozialdemokratischen Parteivorstandes ist ein kleines Büchlein erschienen, das sich „Blitzlichter aus dem Oktober-Reichstag 1931" betitelt und für 20 ₰ in den Buchhandlungen erhältlich ist. Diese interessante Schrift enthält genau nach dem amtlichen Stenogramm zitierte Stellen aus den Reden aller Parteirichtungen, die markantesten Aeußerungen der Partei- und Regierungsvertreter sind im Wortlaut, mit den stenographisch aufgenommenen Zwischenrufen usw., aufgenommen und ergeben im gesamten ein höchst lebendiges Bild der Verhandlungen.

„Neue Blätter für den Sozialismus." Alfred Protte Verlag, Potsdam, Waisenstr. 48. Einzelhefte 1 M, vierteljährlich 2,75 M. Im Novemberheft stehen die außenpolitischen Probleme im Mittelpunkt. Gustav Warburg untersucht die Möglichkeit einer sozialistischen Außenpolitik. Er bejaht sie mit Nachdruck, stellt ihre besonderen Aufgaben fest und fordert zu ihrer praktischen Durchführung eine Umorganisation der internationalen Zusammenarbeit. Theodor Haubach konkretisiert dies Thema in einem Aufsatz „Revision der Friedensverträge". Walter Maas beschäftigt sich mit Ostproblemen. — Im einleitenden Aufsatz des Heftes wird von Wendel Hipler „Die neue Situation" gekennzeichnet, die mit dem zweiten Kabinett Brüning für die sozialistische Innenpolitik gegeben ist. Probehefte werden auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Westermanns Monatshefte. Die uns vorliegende Dezembernummer ist wieder überaus reichhaltig. Sie enthält neben guten Romanen und lehrreichen Schilderungen eine Unmenge wertvoller ein- und buntfarbiger Bilder und eine ganze Anzahl Kunstbeilagen. Gegen Einsendung von 30 ₰ Porto kann jederzeit ein älteres Probeheft umsonst angefordert werden. Man wende sich an den Verlag Georg Westermann in Braunschweig.

„Arbeitsrechts-Praxis." Zeitschrift für Arbeitsrecht, Sozialversicherung und soziale Verwaltung. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstr. 6. Es gibt in Deutschland keine Zeitschrift für die Hand der Arbeitsrichter, Betriebsräte, Prozeßvertreter und andere Funktionäre aus der Arbeiterschaft, die in so klarer und leichtverständlicher Art arbeitsrechtliche Fragen behandelt und übersichtlich Urteile und Entscheidungen zusammenstellt.

T. 12

Josef Witt, Weiden 54 (Opf.)

Europas größter Webwarenversand der Art, mit eigenen Webwarenfabriken!

2800 Arbeiter u. Angestellte in eigenen Betrieben!

Stoffe um die ganze Welt!

Die gewebten Stoffe, welche ich im letzten Jahre an meine Kunden geliefert habe, reichen in der Länge nachweislich um die ganze Welt.

Weil alles staunt über die niedrigen Preise, deshalb vergrößert sich mein Versand so ungeheuer!

1 Million Nachbestellungen von meinen alten Kunden habe ich schon in diesem Jahre erhalten!

Heute ein ungeheuer günstiges Weihnachtsangebot!

Ueberlassen Sie die kolossalen Vorteile nicht nur Anderen, sondern bestellen Sie sofort! Ich erwarte Ihre Bestellung. Riesige Mengen Waren, welche ich ungeheuer niedrig erwerben konnte, werden wieder riesig billig abgegeben. — Versand direkt an die Verbraucher! Abgabe vor Weihnachten wie folgt:

Nr.		Mk. Pf.
31	**Vorhangstoff,** sogenannte Gardinen, einfache, leichte, solide Sorte mit echt indanthrenfarbigen Streifenmustern, 70 cm breit p. m	0.14
32	**Baumwollgewebe,** ungebleicht, ziemlich dichte, feinfädige Sorte, 78 cm breit p. m	0.18
33	**Baumwolltuch,** ungebleicht, fast unverwüstliche, starke, vorzügliche Qualität, 78 cm breit p. m	0.35
34	**Baumwolltuch,** meine stärkste, beste, fast unverwüstliche Qualität, für Bettücher usw. 140 cm breit p. m	0.73
35	**Weißes Hemdentuch,** mittelstarkfädig, dicht geschlossene, besonders solide Sorte, für bessere kräftige Wäschestücke, 80 cm breit p. m	0.37
35	**Weißes Makotuch,** feinfädig, sehr dicht geschlossen, garantiert echt ägyptisch, für besonders feine Hemden und Wäschestücke 80 cm breit p. m	0.49
37	**Hemdenflanell,** garantiert echt indanthrenfarbig gestreift, meine allerbeste Qualität dieser Art; außerordentlich haltbare, kräftige Qualität, fast unverwüstlich im Gebrauch, 80 cm breit p. m	0.47
38	**Handtücher,** mit Streifenbordüre, schwere Strapazierqualität, 40 cm breit p. m	0.33
39	**Frottierhandtücher,** aus sehr gutem Kräuselstoff, mit schönen Mustern, gute geschmeidige, sehr angenehme Sorte Größe 45×100 cm, p. Stck.	0.57
40	**Taschentücher,** weiß, mit Hohlsaum, feinfädige, gute, besonders beliebte Qualität, Größe 30×30 cm, p. ½ Dtzd.	0.68
41	**Wischtücher,** beliebte, gute, strapazierbare Sorte, Größe 45×45 cm, p. ½ Dtzd.	0.68
42	**Frauen-Schlupfhosen,** Winterqualität, warme Sorte, mittlere Größe, p. Stck.	0.79
43	**Frauen-Schlupfhosen,** Winterqualität, mit Plüschfutter, daher besonders angenehm und sehr haltbar, mittlere Größe, p. Stck.	1.15
44	**Schlafdecken,** dunkel, einfarbig, mit schöner Bordüre, haltbare, warme Winterqualität, aus solidem Material, daher sehr beliebte Sorte dieser Art, Größe 130×180 cm, p. Stck.	2.15
45	**Schlafdecken,** kamelhaarfarbig, mit schöner Bordüre, aus sehr solidem Material, daher haltbare, strapazierbare, warme Decke für Winter. Die große Reißfestigkeit dieser Schlafdecke verdient besondere Beachtung. Größe 130×180 cm, p. Stck.	3.30
46	**Stuhltuch,** auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität dieser Art, für bessere, strapazierbare Bettücher usw. verwendbar 150 cm breit p. m	1.15
47	**Anzugstoff,** einfarbig, dunkelblau, aus garantiert reiner Kammgarnwolle, daher vorzüglich im Tragen. Da dieser Anzugstoff nur in eigener Webwarenfabrik hergestellt wird, kann für die Güte dieser Qualität, welche aus reiner Kammgarnwolle hergestellt ist, volle Garantie geleistet werden 140 cm breit p. m	5.55

Ferner Abgabe an jeden Kunden **bis 12 m weißes Hemdentuch,** gute, besonders solide, mittelstarkfädige, dicht geschlossene, kräftige Qualität jedoch mitunter mit kleinen, unscheinbaren Noppen versehen, welche sich beim Waschen entfernen lassen. Nach dem Waschen ist dasselbe für gute, besonders solide, sehr haltbare, kräftige, Wäschestücke zu verwenden, ca. 73 cm breit p. m **0.22**

Bei Bestellung von 15.— Mk. an erhalten Sie auf diese Preise außerdem noch 5 Prozent Rabatt. Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch 1 haltbare, solide Schlafdecke oder eine schöne, gutgehende Wanduhr. — Versand erfolgt per Nachnahme von 10.— Mk. an, portofreie Lieferung von 20.— Mk. an. Jede Bestellung wird in 3 Tagen erledigt. — Meine Garantie: Jeder Artikel, welcher trotz der Billigkeit und Güte nicht entsprechen sollte, wird anstandslos zurückgenommen und der volle, ausgelegte Betrag zurückerstattet. Zurückbezahlung des vollen, ausgelegten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die vollste Ueberzeugung haben, daß Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten außergewöhnlich günstig erhalten haben.

Josef Witt, Weiden 54, Oberpfalz

Webwaren — Fabrikation — Ausrüstung — Versand.

Großer Preisabbau! Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute, geschlissene Bettfedern 60 Pf., bessere Qualität 80 Pf., halbweiße, flaumige 1,— Mk., 1,20 Mk., weiße, flaumige, geschlissene 1,50 Mk., 1,90 Mk., 2,50 Mk., feinst. geschlissene Halbflaum-Herrschaftsfedern 3,— Mk., 4,— Mk., 5,— Mk. Rupffedern, ungeschlissen, mit Flaum gemengt, halbweiß 1,35 Mk., weiß 1,95 Mk., weißer, allerfeinster Flaumrupf 2,25 Mk., 3,25 Mk., 4,25 Mk. Muster und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an auch portofrei. Nichtpassend wird umgetauscht od. Geld zurück. S. Benisch in Prag XII. Americká ulice Nr. 33. Böhmen.

1 Einsatzhemd haltbarer Trikot mit waschechten Einsätzen Halsweite angeben 1.95
1 Normal-Unterhose wollgemischt, warme, weiche Qualität Bundweite angeben -.85
1 Stärkekragen nach Wahl, Stehumlegkragen oder Stehkragen mit Ecken, prima 4 fach Maco, Halsweite angeben -.45
1 P. Stricksocken grau od. kamelhaarfarbig reine Wolle, Schuhgröße angeben -.85
1 Selbstbinder od. 1 fertiger Binder angeben, ob für Stehumlegkragen oder Stehkragen -.80
RM. 5.-

Porto-Anteil 50 Pfg.
Garantie: Unkosten und Geld zurück. Katalog gratis und franko direkt aus dem seit 40 Jahren bewährten Spezialhaus **Hermanns & Froitzheim** Frankfurt am Main 10
Bei Bestellung ausschneiden, Größe angeben, einschicken.

EISEN- Stahl- u. Holz- **Betten** Schlafzim. Stahlmatr. Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden. Teilz. Katal. 267 fr. Eisenmöbelfabrik Suhl (Th.)

Reellste Bezugsquelle!

Neue Gänsefedern

von der Gans gerupft, mit Daunen, dopp. gereinigt, allerbeste Qualität Pfd. 3.—, nur kleine Federn (Halbdaun.) 4.50, ¾ Daunen 6.25, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3.50 u. 4.75, hochpr. 5.75, allerf. 7.—. Ia Volldaunen 9.— u. 10.—. Für reelle, staubfr. Ware Garant. — Versand gegen Nachnahme. ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgefall. nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Manteuffel,** Gänsemästerei, **Neutrebbin 5 b** (Oderbr.) Aeltestes und größtes Bettfedernversandgeschäft des Oderbruches, gegr. 1852.

BETTEN 1½ schläf., echt rot, federdicht. Preisl. grat. Umtausch od. Geld zurück. Viele Dankschr. Nachn.-Versand Bettenfabrik H. Möller, Kassel Nr. 43, Wörthstraße 7.

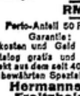
Das Bundesmitgliedsbuch gehört in die

Buchtasche

Zu haben bei den Baugewerkschaftsvorständen. (F

Gummiwaren, hygien. Artikel. Preisl. G 1 grat. „**Medicus**" Berlin SW 68, Alte Jacobstr. 8

Sonderangebot! Isländer prima 2 Pfd. schwer, 6,50 M. frei Haus, send. solange Vorrat. Emil Hohlfeldt Dresden, Ritterstr. 2-4



Billige böhm. Bettfedern nur reine, gutfüllend. Sorten Ein Kilo: graue geschliss. 2,50 Mk., halbweiße 3,- Mk., weiße 4,- Mk., bessere 5,- Mk., 6,- Mk., daunenweiche 7,- u. 8,- Mk., beste Sorte 10,- u. 12,- Mk., weiße ungeschlissene Rupffedern 6,50 u. 7,50 Mk., beste Sorte 9,50 Mk. Versand franko zollfrei, gegen Nachn. Muster frei Umtausch u. Rücknahme gestatt. Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 9, bei Pilsen. (Böhm.)

Verlag: Deutscher Baugewerksbund (Nikolaus Bernhard). — Verantwortl. Schriftleiter: Arthur Schmit. — Verantwortl. für den Anzeigenteil: Paul Lange, sämtl. in Berlin. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei, Berlin SW 68